

OA-Update 2023/03 | Stand: 10. Februar

Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

anlässlich des aktuell stattfindenden EU-Gipfels in Brüssel deutete EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gestern im Beisein des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenski weitere Inhalte des geplanten zehnten Sanktionspakets gegen Russland an. Es soll neue Beschränkungen im Umfang von zehn Milliarden Euro enthalten und unter anderem den russischen, militärischen Sektor treffen. Weitere Sanktionen gegen „Propagandisten“ Putins seien geplant. Bei einer Reihe von Themen – wie Uran, Diamanten und Finanzsanktionen - gibt es hingegen auf EU-Ebene noch Gesprächsbedarf. Das neue Paket soll zum Jahrestag des Kriegsbeginns am 24. Februar vorliegen. Ein Schwerpunkt der Maßnahmen dürfte in jedem Fall darauf liegen, Umgehungsmöglichkeiten bei bestehenden Sanktionen einzuschränken. Dass es solche Umgehungsmöglichkeiten in größerem Umfang gibt, lassen eine Reihe von Meldungen dieser Tage vermuten. Einen Fall von Sanktionsumgehung könnte es in Kerpen bei Köln gegeben haben. Dort wurde diese Woche nach einem ARD-Bericht ein Unternehmen durchsucht. Das aktuelle Update fasst wieder die vielfältigen Sanktionsentwicklungen der vergangenen 14 Tage in der EU, Russland, den USA und weiteren Schauplätzen für Sie zusammen. Unter anderem geht es auch um den neuen Preisdeckel für russische Ölprodukte der G7-Staaten, der seit 5. Februar in Kraft ist. Seit 5. Februar 2023 gilt auch ein weitgehendes Einfuhrverbot solcher Produkte aus Russland in die EU. Hier die Rubriken in der Übersicht:



- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Neues „Update Recovery Ukraine“ erschienen

Zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine hat der Ost-Ausschuss im Sommer 2021 einen Service Desk Ukraine eingerichtet. Dieser wird mit finanzieller Hilfe einer Reihe von Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses auch 2023 seine Arbeit fortsetzen. Die Koordination der Arbeit läuft über Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de

Der Service Desk bereitet regelmäßig alle Entwicklungen rund um den Wiederaufbau in der Ukraine und Beteiligungsmöglichkeiten deutscher Unternehmen zu einem Update auf. Das Update kann beim Service Desk kostenlos abonniert werden. Das am 9. Februar erschienene neue Update finden Sie hier:

[OA-Update Recovery Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Zur Arbeit des Service Desk finden Sie hier gebündelte Informationen:

[Service Desk Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Austausch über die aktuellen Wirtschaftssituation in Russland

Der Ost-Ausschuss lädt Sie zur 10. Ausgabe der Online-Veranstaltung zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation und den Sanktionen in Russland, Business for Business, am Dienstag, 28. Februar 2023, 10:30 Uhr (MEZ) ein. Das Format richtet sich direkt an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses in Russland und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch und dem praktischen Umgang mit der gegenwärtigen Krise dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit im Umgang mit Sanktionen sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten. Bei Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an [Dr. Christiane Schuchart](#) oder [Jens Böhlmann](#).

2. Deutschland

Bundesregierung: Raffinerie in Schwedt zu 70 Prozent ausgelastet

Nach dem Importstopp für russisches Pipeline-Öl bekommt die PCK-Raffinerie Schwedt nach Angaben aus Regierungskreisen inzwischen genug Ersatz für eine Auslastung von 70 Prozent. Dies berichtet Business Insider mit Berufung auf einen dpa-Bericht. Entsprechende Ölmengen kämen per Tanker über Rostock und den polnischen Hafen Danzig in die Anlage in Brandenburg. Über zusätzliche Mengen aus Kasachstan seien die Anteilseigner der Raffinerie noch in Verhandlungen. Eine erste Lieferung von dort sei allerdings noch für Februar anvisiert, hieß es.

Deutschland verzichtet seit Jahresbeginn auf russisches Rohöl, das bis dahin über die Druschba-Leitung in die großen ostdeutschen Raffinerien im brandenburgischen Schwedt und in Leuna in Sachsen-Anhalt floss. Die beiden Anlagen brauchen deshalb Ersatz. Leuna hat sich frühzeitig Lieferungen über den Hafen Danzig gesichert. Schwedt wird zum Teil mit Öl über eine Pipeline aus dem Hafen Rostock versorgt und bekommt nun zusätzliche Mengen über Danzig.

Eine erste Lieferung für die PCK-Raffinerie sei am 20. Januar über Danzig angekommen, hieß es aus dem Wirtschaftsministerium. Zwei weitere mindestens ebenso große Lieferungen über Danzig für Schwedt seien für Februar angemeldet. Mit beiden Lieferwegen über Rostock und Danzig könne die Anlage derzeit zu 70 Prozent ausgelastet werden.

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke forderte derweil von der Bundesregierung Klarheit zum Stand der Versorgung der Anlage und setzte eine vorgezogene Sondersitzung einer Arbeitsgruppe an. Die Bundesregierung solle am 15. Februar einen Bericht abgeben, wie aus einer der dpa vorliegenden Einladung zu der Sitzung hervorgeht.

Aus Kasachstan könnten perspektivisch 1,2 Millionen Tonnen Rohöl pro Jahr kommen, was die Auslastung von Schwedt verbessern würde. Für die Lieferung will Kasachstan die russische Druschba-Leitung nutzen, braucht also die Zustimmung aus Moskau. Zudem werden Gebühren fällig. Diese seien jedoch gering, hieß es aus dem Wirtschaftsministerium.

[PCK Schwedt bekommt genug Öl für 70 Prozent Auslastung - Business Insider](#)

[Energie - Potsdam - Ölraffinerie PCK: Arbeitsgruppe soll schnell tagen - Wirtschaft - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)

EU-Ölembargo gegen Russland wirkt sich vor allem auf Dieselpreis aus

Seit dem 5. Februar gilt ein umfassendes Einfuhrverbot russischer Ölprodukte in die EU. Allerdings gewährt die EU Ausnahmen für Erdölprodukte wie Diesel und Benzin, wenn diese außerhalb von Russland aus russischem Erdöl erzeugt wurden (siehe Kapitel 3). Zu den möglichen Folgen des neuen Embargos für Deutschland und Europa stellt die Süddeutsche Zeitung folgende Überlegungen an:

Werden Diesel und Co. knapp, wenn nichts mehr aus Russland kommt?

„Die allgemeine Versorgungssicherheit und die Sicherheit der Versorgung mit Kraftstoffen ist gewährleistet“, versichert ein Sprecher von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Auch der Mineralölverband Fuels und Energie sieht keine Versorgungslücke. Es geht vor allem um Diesel. Rund 12,5 Prozent seines Verbrauchs deckte Deutschland laut Branchenverband 2022 aus Russland - trotz des Ukraine-Kriegs. Ersatz komme aus den USA, Westeuropa und dem arabischen Raum, teilt Fuels und Energie mit. Benzin werde nicht aus Russland importiert. Für den Notfall gebe es eine Kraftstoffreserve für 90 Tage.

Wird Diesel an der Zapfsäule teurer?

Das ist nicht ausgeschlossen. Zwar sagt der Düsseldorfer Energieexperte Jens Südekum: „Ich glaube nicht, dass wir dramatische Preissprünge sehen werden.“ Die nächste Embargostufe sei lange angekündigt. „In den vergangenen Wochen und Monaten haben wir an den wichtigen Häfen Rotterdam, Antwerpen oder Amsterdam regelrechte Hamsterkäufe gesehen“, berichtet der Ökonom. „Das heißt, man hat vor dem Embargo rangeschafft, was noch ging. Die Diesellager sind voll bis zum Anschlag. Das wird die Preisanstiege begrenzen.“ Thomas Puls vom Institut der Deutschen Wirtschaft weist aber darauf hin, dass Diesel auf dem Weltmarkt knapp sei. Wenn die EU nicht mehr in Russland kaufe, müsse der Treibstoff aus entfernteren Gegenden kommen, etwa aus Saudi-Arabien. Die Kapazität der Spezialschiffe sei begrenzt, die Wege seien länger, die Transporte somit teurer.

Warum sind in Ostdeutschland die Diesel-Preise höher?

Bei der Versorgung Ostdeutschlands kommen zwei Effekte zusammen: die neue Embargostufe und die Tatsache, dass die Raffinerien in Schwedt und Leuna nicht mit voller Kapazität arbeiten. Das liegt daran, dass sie lange russisches Rohöl aus der Druschba-Pipeline bezogen und seit dem deutschen Importstopp ab Januar neue Bezugsquellen brauchen. Die PCK-Raffinerie in Schwedt war zuletzt mit Lieferungen über Rostock nur noch zu 55 Prozent ausgelastet. Sie hofft auf zusätzliche Mengen über Polen und aus Kasachstan. Die niedrigere Produktion der beiden ostdeutschen Raffinerien mache sich regional bemerkbar, erklärt Fuels und Energie. Der Tankstellenpreis im Osten sei deshalb bei Benzin rund 2,5 Cent und bei Diesel rund 1 Cent je Liter höher als im Bundesdurchschnitt.

Wie viele Erdölprodukte importierte die EU zuletzt aus Russland?

Noch im Oktober 2022 exportierte Russland nach den jüngsten Zahlen des EU-Statistikamtes Eurostat Erdölerzeugnisse wie Diesel im Wert von mehr als 2,3 Milliarden

Euro in die EU. Allein nach Deutschland gingen damals Produkte im Wert von rund 558 Millionen Euro. Der russische Energieexperte Alexej Belogorjew bezweifelt, dass die EU diesen Lieferanten einfach so ersetzen kann. Allein an Diesel habe Russland bisher täglich 600 000 Barrel geliefert; die USA, Saudi-Arabien und Indien zusammen kämen auf 200 000 Barrel. Trotzdem erwarten Experten, dass die Sanktionen die russische Erzeugung von Erdölprodukten drücken werden - um 15 Prozent auf etwa 230 Millionen Tonnen in diesem Jahr. Ein Barrel entspricht 159 Liter.

Wie will die EU Preissteigerungen verhindern?

Wie schon beim Importstopp für Rohöl will die EU zusammen mit den neuen Einfuhrbeschränkungen einen Preisdeckel für russische Erdölprodukte durchsetzen. Das heißt, sie will gemeinsam mit Partnern wie den USA Russland zwingen, diese Stoffe an Drittstaaten unter Marktpreis zu verkaufen. Funktionieren soll das so: Wichtige Dienstleistungen für die russischen Exporte - etwa Transporte westlicher Reedereien oder Versicherungen - sollen nur dann erlaubt sein, wenn der Preis des exportierten Guts die gesetzte Obergrenze einhält. Ziel der EU: Die Kombination aus Importstopp und Preisdeckel sollen Russlands Einnahmen „signifikant reduzieren“ und zugleich die globalen Preise stabilisieren. Aus Sicht von Habecks Ministerium hat dieses Rezept bisher funktioniert: „Der globale Ölpreis ist stabil, und die erzielten Preise für russisches Rohöl und damit die russischen Staatseinnahmen haben sich reduziert.“

Tut das Embargo Russland wirklich weh?

Niemand in Russland gibt Sanktionsschmerzen zu. Vielmehr betont die Führung in Moskau, dass sich das Öl auf dem Weltmarkt ohnehin vermische und sie andere Absatzwege finde - in Indien etwa. Allerdings muss Russland große Preisnachlässe gewähren, nach Südekums Angaben etwa 30 Prozent im Vergleich zu westlichen Ölsorten. 2022 sind Russlands Einnahmen aus dem Verkauf von Gas und Öl nach Angaben von Vize-Regierungschef Alexander Nowak noch um knapp ein Drittel gestiegen. Die Ausfuhr von Erdöl habe um sieben Prozent zugelegt. Das EU-Embargo gegen Rohöl auf Tankern griff aber erst zum 5. Dezember. Bei Gas gibt es kein Embargo, sondern Russland selbst hat die Exporte in die EU gedrosselt. Nowak räumt Unsicherheiten ein im Blick auf künftige Einnahmen. Zugleich hofft Russland auf Milliardengebühren, wenn es statt eigenen Öls künftig das schwarze Gold aus der Ex-Sowjetrepublik Kasachstan durch die russische Druschba nach Deutschland durchleitet.

Wird das EU-Embargo eingehalten?

Russland hat nach einer Recherche des Economist Wege gefunden, das Öl-Embargo zu umgehen. Demnach entwickelt sich ein Graumarkt mit eigenen Schiffs- und Versicherungskapazitäten, teils gestützt auf Garantien des russischen Staats. Gegen den internationalen Preisdeckel für Rohöl wehrte sich Putin mit der Anordnung, ab 1. Februar nicht mehr in Länder zu liefern, die ihn einhalten. Bei der neuen Embargostufe sieht Ökonom Südekum neue Schlupflöcher: „Ein Haupteffekt des Embargos wird sein, dass russischer Diesel nicht mehr direkt in die EU gelangt, wohl aber indirekt. Russland liefert an Nationen wie Indien oder Saudi-Arabien, die das billige Öl einkaufen, in ihren Raffinerien verarbeiten und uns dann den Diesel verkaufen.“ Das sei nicht Sinn des Embargos. Aber selbst wenn es gelänge, diese Umgehung zu unterbinden, „dann wäre die

Frage der Diesel-Preise in Europa auch sicher kritischer“. Mit anderen Worten: Diese Einfuhren verhindern noch größere Knappheit in der EU.

[Was der EU-Diesel-Boycott bedeutet - Wirtschaft - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)

Ebenfalls zum Thema:

[Kommt die EU ohne russischen Diesel aus? | Wirtschaft | DW | 05.02.2023](#)

Geht Flughafen Hahn an einen russischen Oligarchen?

Das Bundeswirtschaftsministerium prüft nach Informationen von Euractiv derzeit, ob es die Übernahme des insolventen Flughafens Hahn durch den russischen Investor Viktor Charitonin, der als kremlnah gilt, blockieren soll. Charitonin ist der Meistbietende für den Kauf des Regionalflughafens, der Ende 2021 in die Insolvenz ging. Das Ministerium könnte das Geschäft jedoch noch blockieren, wenn es den Flughafen als Teil der kritischen Infrastruktur des Landes einstuft.

Das vom grünen Vizekanzler und Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck geführte Ministerium prüfe derzeit, ob dies der Fall sei, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin Franziska Brantner am Mittwoch vor dem Wirtschaftsausschuss des Parlaments. Brantner wies zwar darauf hin, dass Charitonin nicht auf der Sanktionsliste der EU stehe, dennoch sei eine Prüfung des Kaufs durch das Ministerium notwendig, da das Unternehmen des Milliardärs außerhalb der EU angesiedelt sei.

Charitonin, der hauptsächlich im Pharmasektor tätig ist, gilt als dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nahestehend, und sein Unternehmen gilt als der größte Hersteller des russischen Impfstoffs COVID-19, so Sputnik V. Außerdem ist er bereits Eigentümer des Nürburgrings, eines großen Motorsportkomplexes im deutschen Bundesland Rheinland-Pfalz.

Charitonin ist zwar nicht von der EU sanktioniert, steht aber auf der Liste des US-Finanzministeriums mit führenden russischen Regierungsmitgliedern und Kremlin-nahen Oligarchen. Was den potenziellen Kauf besonders heikel macht, ist die Tatsache, dass der Flughafen Hahn ein ehemaliger Militärflughafen ist, der früher von US-Truppen genutzt wurde. Das bedeutet, dass die Anlagen für den Transport von militärischen Gütern und Personal geeignet sind.

[Germany could sell airport to Putin-friendly Russian billionaire – EURACTIV.com](#)

IW: Ukraine-Krieg kostet deutsche Wirtschaft 2023 etwa 175 Milliarden Euro

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine dürfte die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr rund 175 Milliarden Euro kosten. Zu diesem Ergebnis kommen Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die am 23. Januar in Köln veröffentlicht wurden. Dies entspreche pro Person Wohlstandsverlusten von etwa 2000 Euro.

Für die Berechnung wurde laut IW die aktuelle Lage verglichen mit einem Szenario, in dem es keinen Krieg und damit keine hohen Energiepreise oder Lieferengpässe gibt. Daraus habe sich ein preisbereinigter Verlust von etwa 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ergeben.

Das IW verwies zudem darauf, dass diese Entwicklung zu einer ohnehin nicht einfachen Lage hinzukomme. Verwiesen wurde auf Warnungen der bundeseigenen Förderbank KfW, wonach Fachkräftemangel und mäßige Produktivitätsentwicklung den Wohlstand in Deutschland bedrohten.

Zudem habe es durch Lockdowns und Unsicherheiten aufgrund der Corona-Pandemie bereits 2020 einen Wohlstandsverlust von ebenfalls 175 Milliarden Euro gegeben, 2021 dann von 125 Milliarden Euro und 2022 insgesamt von knapp 120 Milliarden Euro. Daraus ergebe sich ein Minus für den Zeitraum von 2020 bis Ende 2023 von zusammen 595 Milliarden Euro.

[Wohlstandsverluste: Der Krieg kostet die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr 175 Milliarden Euro - Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\) \(iwkoeln.de\)](#)

Monitor:

Firma aus Kerpen liefert Bauteile für russische Waffen über die Türkei

Nach Informationen des ARD-Magazins Monitor wird Russland weiter mit Technologie aus westlichen Ländern versorgt. EU-Sanktionen werden dabei offenbar umgangen. Eine entscheidende Rolle spielen Drittstaaten wie die Türkei.

Nach den Monitor-Informationen soll die Firma Smart Impex aus Kerpen bei Köln bis kurz vor Kriegsbeginn Technologie nach Moskau verkauft haben, die offenbar auch für die russische Armee von großer Bedeutung ist: elektronische Bauteile, die zum Beispiel für Computer geeignet sind, aber offenbar auch für Waffen, die im Ukraine-Krieg zum Einsatz kommen.

Auffällig sei: Die russische Empfängerfirma wurde von Jaroslaw Z. mitgegründet, der zugleich Gesellschafter des deutschen Unternehmens ist. Die Firma stellte nach Beginn des Krieges ihre Verkäufe nach Moskau ein. Nach dem 24. Februar 2022 fehlen in den Zolldaten der an das russische Unternehmen Fast Impex gelieferten Waren Verkäufe aus Deutschland. Statt der deutschen Smart Impex tauche in den Import-Listen auf einmal eine türkische Firma auf, wenige Wochen nach Kriegsbeginn in Istanbul gegründet, die AZU International. Mitbegründer: Göktürk A., der zugleich Geschäftsführer und Gesellschafter des ehemaligen deutschen Lieferanten Smart Impex ist. Für mehr als 20 Millionen US-Dollar verkaufte das türkische Unternehmen demnach im vergangenen Jahr genau solche Komponenten nach Moskau, die zuvor aus Deutschland bezogen worden waren.

Offenbar ist die deutsche Firma kein Einzelfall: Nach Beginn des russischen Angriffskrieges sei das Exportvolumen der Türkei im Bereich „Halbleiter und

elektronische Schaltkreise“ quasi explodiert: von rund 300.000 US-Dollar im Jahr 2021 auf mehr als 86 Millionen US-Dollar im Jahr 2022. „Wir sehen einen massiven Anstieg der Exporte dieser Komponenten aus der Türkei nach Russland, vor allem von Unternehmen, die noch nie mit dieser Art von Komponenten gehandelt haben“, sagt die Ökonomin Elina Ribakova, die an einer ausführlichen Analyse russischer Importe beteiligt war. Für sie ist das der Beweis für eine mögliche systematische Umgehung der EU-Sanktionen.

Verkauft auch die deutsche Smart Impex also weiter elektronische Bauteile nach Moskau - über den Umweg einer Firmenneugründung in Istanbul? Die Nachrichtenagentur Reuters erreichte vor zwei Monaten Göktürk A., Gesellschafter bei der deutschen Smart Impex und Mitbegründer der türkischen AZU International. Der gab demnach am Telefon zu, dass die Firma aus Kerpen elektronische Komponenten in die Türkei verkauft, alles weitere sei ein „Firmengeheimnis“.

Die Sanktionsrechtsexpertin Bärbel Sachs sieht angesichts des Firmenkonstrukts Ermittlungsbedarf: „Wenn der deutsche Geschäftsführer nun Geschäfte aus der Türkei durchführt, die aus Deutschland verboten wären, dann ist das ebenfalls ein Verstoß gegen das Embargo und zwar gegen die Verbote und auch gegen die Vermittlungsverbote.“

Monitor liegen weitere Dokumente vor, die diesen Dreieckshandel offensichtlich bestätigen: So kündigte der Geschäftsführer der deutschen Firma, weil er sich darüber getäuscht fühlte, „dass Lieferungen der Smart Impex GmbH an die Firma AZU in der Kenntnis erfolgten, dass von der AZU Lieferungen nach Russland/Belarus getätigt werden würden“.

Auf verschiedenen Wegen versuchte Monitor während der Recherche, die Firmen in der Türkei, in Russland und in Deutschland zu erreichen. Vor Ort in Kerpen öffnete niemand die Tür, obwohl mehrere Autos davorstanden. Auf schriftliche Anfrage schreibt die Smart Impex: „Wir lassen derzeit die Vorwürfe [...] genauestens prüfen. Die bisherigen Prüfungen belegen, dass unsere verkauften Güter nicht sanktioniert waren/sind.“

Im Hintergrund ist man aber offenbar sehr bemüht, die Spuren des Geschäftskonstrukts zu verwischen. In den vergangenen Wochen wurden Anteile verkauft, ein Firmenname sowie Gesellschafterstrukturen in der Türkei und Russland geändert. Das sind Hinweise darauf, dass das Unternehmen offenbar sehr wohl von einem Verstoß gegen europäische Sanktionen ausgeht. Ob es sich im konkreten Fall um einen Sanktionsverstoß handelt, müsste die Kölner Staatsanwaltschaft entscheiden, die auf Anfrage keine Auskunft über laufende Ermittlungen machte.

Wie die dpa berichtet, sind deutsche Behörden im Falle von Smart Impex inzwischen tätig geworden. Diese Woche soll es in Kerpen entsprechende Durchsuchungen gegeben haben.

[EU - Köln - Mögliche Verstöße gegen Russland-Sanktionen: Durchsuchungen - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)

[Deutsches Unternehmen im Visier: Bauteile für Putins Waffen? | tagesschau.de](#)

3. Europäische Union

Zehntes EU-Sanktionspaket soll Schlupflöcher schließen – EU-Gipfel in Brüssel

Im Rahmen des EU-Gipfels in Brüssel äußerte sich EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen in einer Pressekonferenz am 9. Februar zu weiteren Inhalten des geplanten zehnten Sanktionspaket. Das Paket soll neue Beschränkungen in Höhe von zehn Milliarden Euro enthalten. Es sei geplant, es bis zum Jahrestag des Beginns des russischen Angriffs in der Ukraine - 24. Februar – zu verabschieden. Weitere Sanktionen soll auch gegen Propagandisten des russischen Präsidenten Wladimir Putin geben. „Wir werden gegen Putins Propagandisten vorgehen, weil ihre Lügen den öffentlichen Raum in Russland und im Ausland vergiften“, sagte von der Leyen laut Reuters auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenski. Die neuen Sanktionen „werden Russlands Militärapparat weiter aushungern und die Grundfesten seiner Wirtschaft erschüttern“. „Wir müssen mehr tun“, so von der Leyen. „Wir unterstützen die Ukraine dabei, diesen Krieg zu gewinnen.“

Diskussionspunkte beim Thema EU-Sanktionen gibt es laut Insidern viele. Diese sollen nun in den nächsten beiden Wochen geklärt werden. So besteht etwa Streit, wenn es um den Boykott russischer Diamanten geht, wogegen sich Belgien wehrt, oder um einen Einfuhrstopp für Atombrennstäbe, der unter anderem an Frankreich, Ungarn und Finnland scheitert. Die Gazprom-Bank wird offenbar ebenfalls verschont bleiben, weil einige Länder wie Ungarn oder Österreich noch mit russischem Erdgas beliefert werden und die Zahlungen über das russische Kreditinstitut abgewickelt werden. Weniger strittig sind Themen wie das weitere Vorgehen gegen Putin-Unterstützer mit Kontosperrern und Einreiseverboten. Auch die Umgehung bisheriger Sanktionen soll erschwert werden. Einig ist sich die EU auch darin, dass Kriegsverbrecher und die Verantwortlichen für den russischen Überfall zur Rechenschaft gezogen müssen, etwa vor einem Sondertribunal mit Sitz in Den Haag.

Anlässlich des EU-Ukraine-Gipfels in Kiew am 2. Februar hatte Ursula von der Leyen zum Thema Sanktionen folgendes gesagt:

„Das zehnte Paket ist auf dem Weg. Wir haben das Ziel, es bis zum 24. Februar zu verabschieden. Es hat ein Volumen von rund 10 Milliarden Euro. Es ist wieder ein großes Paket. Der Plan ist, sich erneut auf Technologie zu konzentrieren, die von Russlands Kriegsmaschinerie nicht verwendet werden kann und sollte. Das heißt, wir schauen uns Komponenten genauer an, die zum Beispiel in Drohnen gefunden wurden, um sicherzustellen, dass diese Technologien oder die Drohnenproduktion, die wir zum Beispiel im Iran verfolgen, für Russland nicht verfügbar sind. Als drittes Element werden wir uns intensiv mit der Umgehung von Maßnahmen befassen. Das ist ein Thema. Das zehnte Paket wird also auch Vorschläge zur Bekämpfung der Umgehung enthalten.“

Am 2. Februar hatten Abgeordnete des Europäischen Parlaments die Einführung eines neuen Sanktionspakets gegen Russland gefordert. Dieses solle russische Energieunternehmen wie LUKOIL und Rosatom vom europäischen Markt verdrängen, sowie ein Embargo für den Import aller Arten russischer fossiler Brennstoffe und Uran enthalten. Auch vom vollständigen Verzicht auf die Nutzung der Gaspipelines Nord

Stream-1 und Nord Stream-2 ist die Rede. Diese sind allerdings aufgrund von Sabotage ohnehin weitgehend zerstört und bereits seit dem Spätsommer 2022 nicht mehr in Betrieb.

Rede von Ursula von der Leyen in Kiew:

[Statement by the President: EU-Ukraine Summit \(europa.eu\)](#)

Weitere Informationen:

<https://www.kommersant.ru/doc/5810898>

Vorbericht der Tagesschau zum EU-Gipfel in Brüssel am 9.2.:

[Treffen in Brüssel: Das sind die Baustellen beim EU-Gipfel | tagesschau.de](#)

Preisobergrenze für russische Ölprodukte

Die EU hat sich auf die Höhe der Preisobergrenzen für Erdölerzeugnisse (KN-Code 2710) geeinigt, die ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland ausgeführt werden, dies berichtet Business Europe. Dabei handelt es sich um den Preis pro Barrel, zu dem oder unter dem Erdölerzeugnisse aus Russland vom Lieferverbot ausgenommen sind:

- die Beförderung von Erdölerzeugnissen auf dem Seeweg in Drittländer und
- technische Hilfe, Vermittlungsdienste oder Finanzierung oder finanzielle Unterstützung im Zusammenhang mit der Beförderung von Erdölerzeugnissen auf dem Seeweg in Drittländer.

Die erste Preisobergrenze für Erdölerzeugnisse, die mit einem Abschlag gegenüber Rohöl gehandelt werden, liegt bei 45 USD pro Barrel, während die zweite Preisobergrenze für Erdölerzeugnisse, die mit einem Aufschlag gegenüber Rohöl gehandelt werden, bei 100 USD pro Barrel liegt. Die Höhe der Obergrenze gilt seit dem 5. Februar 2023.

Für Schiffe, die russische Erdölerzeugnisse transportieren, die vor dem 5. Februar 2023 gekauft und auf das Schiff geladen und vor dem 1. April 2023 entladen wurden, ist eine Übergangsfrist von 55 Tagen vorgesehen.

Sie können die verschiedenen Gesetzestexte hier einsehen:

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

Weitere Informationen zum Thema:

[EU agrees on level of price caps for Russian petroleum products - Consilium \(europa.eu\)](#)

[Price cap on Russian petroleum products \(europa.eu\)](#)

Ausnahmen für Ölpreisdeckel

Die Europäische Union hat Ausnahmen vom Preisdeckel gegen russisches Öl bei den Lieferungen in Drittländer kommuniziert, das berichtet die Berliner Zeitung. Ölprodukte, die zwar aus russischem Öl hergestellt wurden, aber nicht in Russland, dürfen von europäischen Unternehmen ohne EU-Einschränkungen in Drittländer transportiert werden.

Das geht aus einer Erklärung, die auf der Webseite der EU-Kommission veröffentlicht wurde. Das Dokument sei kein Rechtsakt, wird dabei vermerkt, sollte aber den nationalen und EU-Behörden und Bürgern bei der Implementierung der Russland-Sanktionen eine Orientierungshilfe bieten. Der Preisdeckel gilt demnach nur für das Rohöl und die Ölprodukte, die direkt aus Russland oder unverändert in Drittländer importiert werden. Wird das russische Öl aber in einem anderen Land „substanziell“ verarbeitet oder mit Ölprodukten aus anderen Ländern gemischt, entsteht eine neue Ware mit einer anderen Herkunft, die keiner Preisobergrenze unterliegt.

Die im Dezember beschlossene Preisobergrenze für russisches Rohöl in der Höhe von 60 Euro pro Barrel verbietet grundsätzlich den Unternehmen aus der EU, Transport- und Versicherungsleistungen zu erbringen, wenn Öl über dieser Grenze verkauft wird. Nach der neuesten Erklärung der EU-Kommission darf eine neue Ware mit einer neuen Zolltarifnummer also problemlos transportiert werden. Das EU-Dokument geht zwar nicht auf die Frage ein, ob das Ölembargo gegen Russland bei den Importen in die EU ähnliche Ausnahmen hat. Wenn russisches Öl nach der „substantiellen“ Verarbeitung in einem Drittland eine neue Herkunft erhält, macht das theoretisch auch dessen Importe nach Europa legal.

Von den Ausnahmen für die fertigen Ölprodukte sollte vor allem Indien profitieren, das seit vielen Monaten russisches Öl mit Rabatten kauft und raffiniert, also in Form von Ölprodukten, teurer in alle Welt weiterverkauft. Auch Singapur, das russisches Rohöl mit dem Rohöl aus anderen Ländern mischt, könnte von der Ausnahme Gebrauch machen, wenn die „substantielle“ Verarbeitung nachgewiesen wird.

[Moskau feiert EU-Beschluss: So kommt russisches Öl legal nach Europa \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de/moskau-feiert-eu-beschluss-so-kommt-russisches-oel-legal-nach-europa-berliner-zeitung.de)

Hier die EU-Guidance zum Ölpreisdeckel:
[Guidance on Russian oil price cap \(europa.eu\)](https://europa.eu/guidance-on-russian-oil-price-cap)

EU-Sanktionen gegen vier russische Medienanstalten

Die russischen Medien NTV/NTV Mir, Rossiya 1, REN TV und Pervyi Kanal unterliegen seit dem 1. Februar 2023 EU-Sanktionen. Die Maßnahme war Teil des 9. Sanktionspakets der EU gegen Russland. Folgende Sanktionen sind damit verbunden:

- Es ist den Betreibern untersagt, Inhalte über diese Kanäle auszustrahlen oder die Ausstrahlung zu ermöglichen, zu erleichtern oder anderweitig dazu beizutragen,

einschließlich der Übertragung oder Verteilung über Kabel, Satellit, IP-TV, Internetdiensteanbieter, Internet-Videoplattformen oder -anwendungen.

- Jegliche Sendelizenz oder -genehmigung sowie jede Übertragungs- und Vertriebsvereinbarung mit diesen Verkaufsstellen wird ausgesetzt.
- Es ist verboten, in den von diesen Stellen produzierten oder ausgestrahlten Inhalten für Produkte oder Dienstleistungen zu werben.

[CL2014D0512DE0270010.0001_cp 1..2 \(europa.eu\)](#)

[CL2014R0833DE0130010.0001_cp 1..2 \(europa.eu\)](#)

EU verlängert Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis mindestens 31. Juli

Die EU hat die bestehenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland wegen der Aggression gegen die Ukraine um ein halbes Jahr verlängert, wie dpa berichtet. Nach einem Beschluss der EU-Staaten vom 27.1. laufen die Maßnahmen nun mindestens bis zum 31. Juli, wie der Rat der EU mitteilte.

Erste EU-Strafmaßnahmen gegen Russland wurden bereits nach der Annexion der Krim durch Russland im Frühjahr 2014 eingeführt. Nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 weitete die EU ihre Sanktionen massiv aus.

Inzwischen umfassen die Maßnahmen unter anderem Beschränkungen in den Bereichen Handel, Finanzen, Technologie und Verkehr. Mehrere russische Banken wurden vom Banken-Kommunikationsnetzwerk Swift ausgeschlossen und es gibt einen weitgehenden Importstopp für Öl und Kohle aus Russland.

Euromonitor-Studie:

Starker Anstieg des EU-Handels mit Nachbarstaaten Russlands

Eine Analyse der europäischen Handelszahlen für den Zeitraum nach Kriegsbeginn am 24. Februar bis November 2022 hat sowohl einen massiven Rückgang des EU-Handels mit Russland dokumentiert, als auch einen schwächeren, aber dennoch signifikanten Anstieg des EU-Handels mit Nachbarländern Russlands.

Die litauischen Autoren der Studie geben an, dass sie bei ihrer Detailauswertung neben legalem Geschäft bei ihren Auswertungen auch mehr als 100 potenzielle „Sanktionsanomalien“ mit einem jeweiligen Exportvolumen von über zehn Millionen Euro beobachtet hätten. Um Sanktionsverstöße muss es dabei nicht unbedingt gehen. Da Russland Parallelimporte für hunderte von Warengruppen erlaubt hat, lassen sich Warenströme über Drittländer nicht eindeutig ausschließen. Im vergangenen Jahr wurden so russischen Angaben zufolge Waren im Wert von 20 Milliarden Dollar eingeführt, das sind etwa sechs Prozent der Gesamtimporte. In Ländern wie Kasachstan,

Kirgisistan oder Armenien sind gleichzeitig die Exporte von Handys und Pkw in die Höhe geschossen.

Solche Parallelimporte können unterschiedlich aussehen: Privatpersonen kaufen bei Händlern in Zentralasien in kleinem Umfang iPhones oder Autos und verkaufen sie in Russland zu einem höheren Preis weiter. Oder große Händler kaufen ganze Containerladungen. Und verkaufen etwa über Online-Plattformen weiter an Interessenten in Russland.

Wirtschaftswissenschaftler Michael Rochlitz spricht dennoch von einer "Zwischenlösung" für Russland. Waren über Drittländer zu importieren sei "viel teurer, viel komplizierter und man kann längst nicht die gleichen Mengen importieren."

Mittel- und langfristig ist das größte Problem, dass Russland keinen Zugang mehr hat zu Märkten mit Hochtechnologiegütern. Und die braucht man, um die zivile Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Tatsächlich wurden im vergangenen Jahr russischen Angaben zufolge Waren im Wert von etwa 18,5 Milliarden Euro als Parallelimporte eingeführt, das sind etwa sechs Prozent der Gesamtimporte. In Ländern wie Kasachstan, Kirgisistan oder Armenien sind entsprechend die Exportvolumina von Handys und Pkw in die Höhe geschossen.

Solche Parallelimporte können unterschiedlich aussehen: Privatpersonen kaufen bei Händlern in Zentralasien in kleinem Umfang iPhones oder Autos und verkaufen sie in Russland zu einem höheren Preis weiter. Oder große Händler kaufen ganze Containerladungen. Und verkaufen etwa über Online-Plattformen weiter an Interessenten in Russland.

Wirtschaftswissenschaftler Michael Rochlitz spricht dennoch gegenüber dem [ZDF](#) von einer „Zwischenlösung“ für Russland. Waren über Drittländer zu importieren sei „viel teurer, viel komplizierter und man kann längst nicht die gleichen Mengen importieren.“ Mittel- und langfristig ist das größte Problem, dass Russland keinen Zugang mehr hat zu Märkten mit Hochtechnologiegütern. Und die braucht man, um die zivile Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

Laut den Autoren der Euromonitor-Studie gehörte im vergangenen Jahr zu den auffälligsten Entwicklungen:

- Lieferungen von Gebrauchtwagen mit bestimmten Motoren von Litauen nach Weißrussland (Anstieg um 215% auf 174 Mio. €);
- Lieferungen von Smartphones aus der Tschechischen Republik nach Kasachstan (Wachstum von Null im Jahr 2021 auf 164 Mio. €);
- Export bestimmter Turbojet-Triebwerke von Polen nach Kasachstan (Anstieg um 219 % auf 140 Mio. EUR);
- Export von Flugkerosin von Griechenland nach Georgien (fast von Null auf 75,5 Mio. EUR);
- Exporte von Laptops aus der Tschechischen Republik nach Kasachstan (Anstieg um 280% auf 67 Mio. €).
- Im ersten Halbjahr 2022 hat Kasachstan die Smartphone-Exporte nach Russland stark erhöht, berichteten kasachische Medien im August. Quantitativ stiegen die

Smartphone-Exporte fast um das 328-fache - von 560 Einheiten im ersten Halbjahr 2021 auf 183,6 Tausend Einheiten im ersten Halbjahr 2022, wie aus den Daten des Amtes für nationale Statistik Kasachstans hervorgeht.

Ein Teil der zunehmenden Warenströme könnte allerdings auch im Land verblieben sein und zum Beispiel auf das Konto emigrierter Russen bzw. russischer Unternehmen gehen, die ihr Geschäft ins Ausland verlagert haben. Gerade nach Kasachstan (und Georgien) gab es große Emigrationswellen.

Das EU-Sanktionsregime beinhaltet keine Anwendung sogenannter sekundärer Sanktionen gegen Länder, die EU-Sanktionen umgehen. Im Oktober 2022 haben die europäischen Behörden jedoch zum ersten Mal ein Kriterium hinzugefügt, das die Verhängung von Sanktionen gegen Personen aus Drittländern ermöglicht, die Russen helfen, Beschränkungen zu umgehen (einschließlich des Empfangs von Waren, deren Lieferung aus der EU verboten ist). Eventuell werden im Rahmen des geplanten 10. EU-Sanktionspaketes weitere Maßnahmen zum Schließen von Schlupflöchern berücksichtigt.

Mögliche Warenströme über die Türkei, die ebenfalls im Verdacht steht, zur Sanktionsumgehung beizutragen, bildet die Studie nicht ab.

Laut der Studie ist der allgemeine Export aus der EU nach Russland im 24. Februar bis November Zeitraum um fast 50 Prozent auf 36 Milliarden Euro gesunken, der Export der EU in von Russland aus gesehene benachbarte Nicht-EU-Länder (GUS-Länder) ist dagegen um fast 50 Prozent gestiegen, erreichte aber nur 20 Milliarden Euro. Das heißt, dass EU-Länder nur einen Teil der Handelsausfälle mit Russland durch andere GUS-Staaten kompensieren konnten.

Anschaulich ist bei den Grafiken, dass Deutschland nach Kriegsbeginn etwa doppelt so viele sanktionierte Waren nach Russland und in die Gesamtregion (Russland plus Nachbarn) lieferte wie Polen als zweitplatziertes EU-Land. Diese Lieferungen nach Russland lassen sich durch Übergangsfristen erklären, die in den EU-Sanktionspaketen enthalten waren und die mittlerweile ausgelaufen sind. Nach Deutschland und Polen folgen in der Statistik Italien und Litauen.

Ein überraschendes Ergebnis ist laut dem Autor, dass speziell bei sanktionierten Gütern der Export aus dem kleinen Litauen nach Russland und in die russischen Nachbarstaaten insgesamt halb so hoch war, wie der gesamte deutsche Export derartiger Güter in diese Region. Möglicherweise deutet dies auf Umgehungseffekte über das baltische Land hin.

Bezogen auf sanktionierte Güter mussten aber alle EU-Länder Einbußen im Russlandgeschäft hinnehmen, Deutschland liegt hier in der Statistik anteilig im Mittelfeld. Was den Gesamthandel betrifft gibt es einige wenige EU-Länder wie Slowenien, Lettland und Bulgarien, die ihre Exporte nach Russland im fraglichen Zeitraum steigern konnten. Bei den Importen gehören Österreich, Slowenien, die Niederlande, Griechenland und Bulgarien, die mehr Waren aus Russland bezogen haben, als im selben Zeitraum des Vorjahres.

Hier die Euromonitor-Analyse:

[On EU trade with Russia and its neighbours after Russian invasion of Ukraine \(vzemlys.github.io\)](https://vzemlys.github.io)

Berichterstattung in russischen Medien:

[Эксперт Euromonitor нашел торговые «аномалии» в странах СНГ — РБК \(rbc.ru\)](https://rbc.ru)

Russische Waffenindustrie: Sanktionsumgehung über Fernost

Asien wird zunehmend zur Drehscheibe für russische Rüstungskomponenten. Dies beobachten laut einem Bericht des Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) internationale Experten. Russische Staatsangehörige mit Wohnsitz in den USA oder Europa hätten über Jahre Scheinfirmen aufgebaut, bestellten bei den westlichen Herstellern wichtige Elektronikkomponenten und brächten diese mit gefälschten Dokumenten unter anderem über China, Südkorea und Hongkong nach Russland.

Doch dies sei nicht der einzige Weg, auf dem westliche Elektronik in russische Waffensysteme gelangt. Gehan Amaratunga, Professor für Elektrotechnik an der Universität Cambridge, hat eine Liste von mehr als 600 westlichen Elektronikbauteilen ausgewertet, die in russischen Waffen in der Ukraine gefunden wurden. Seiner Einschätzung nach handelt es sich dabei um viele Standardkomponenten, die auch in Haushaltsgeräten verwendet werden und daher nicht unter die Sanktionen fallen.

Handys, Laptops und ähnliche Produkte sind vom Westen bewusst nicht sanktioniert worden, um den Menschen in Russland die Möglichkeit zu geben, sich abseits der staatlichen Medien über den Krieg zu informieren. So gelangen elektronische Bauteile nach Russland, ohne dass ein Sanktionsverstoß vorliegt. Einige davon werden dann für den Bau von Raketen, Panzer und anderen Waffen verwendet.

Der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter fordert die Behörden auf, Umgehungs- und Vermeidungsaktivitäten stärker zu verfolgen. „Insbesondere müssen die Strafverfolgungsbehörden effektiver Sanktions- oder Exportkontrollverstöße aufklären und ahnden“, sagte Kiesewetter dem RND. „Neben den Ländern Iran und China, die weiterhin Rüstungsgüter und Dual-Use-Komponenten liefern, werden Chips und weitere Komponenten insbesondere aus Haushaltswaren wie Kühlschränken oder Waschmaschinen zum Beispiel über Kasachstan, Armenien oder die Türkei in Massen eingekauft.“ Der Außenpolitiker will diese Drittstaaten stärker in die Pflicht nehmen. Das Sanktionssystem der EU sei jedoch auf eine politische Kooperation der Drittstaaten angewiesen, räumt er ein. „Insofern sollte die EU insbesondere auf Drittstaaten, zu denen offensichtliche Hinweise vorliegen, mit politischem, finanziellem und wirtschaftlichem Druck einwirken.“

[Russland: Wie Moskau heimlich die Sanktionen für die Waffenindustrie umgeht \(rnd.de\)](https://rnd.de)

Sanktionsumgehung über die Türkei, Kasachstan und Armenien

Der lettische Premierminister warnt laut Reuters vor der Umgehung von EU-Sanktionen gegen Russland über die Länder Türkei, Kasachstan und Armenien. Krisjanis Karins äußerte sich nach Gesprächen mit seinen Amtskollegen aus den EU-Mitgliedsländern Estland und Litauen, die zusammen mit Lettland zu den entschiedensten Befürwortern von Sanktionen gegen Russland nach dessen Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 gehören.

„Es scheint ziemlich klar zu sein, dass Händler Wege finden, um legal mit Waren zu handeln, zum Beispiel mit der Türkei, Kasachstan oder Armenien, die dann nach Russland geschickt werden, weil diese Länder sich nicht an das Sanktionsregime halten“, sagte Karins vor Reportern in der estnischen Hauptstadt Tallinn. Karins wies auf einen Anstieg des europäischen Handels mit den drei Ländern hin, der seiner Meinung nach „unverhältnismäßig zu dem ist, was er in der Vergangenheit war“. Er lieferte keine weiteren Beweise für die Umgehung von Sanktionen und nannte auch nicht die Art der angeblich gehandelten Waren.

„Eine (Lösung) besteht darin, mit diesen Ländern zusammenzuarbeiten, um sie auch bei der Umsetzung der Sanktionen mit ins Boot zu holen. Die zweite besteht darin, in ganz Europa nach Rechtsvorschriften zu suchen, die die Umgehung von Sanktionen unter Strafe stellen“, sagte Karins. „Schließen Sie die Schlupflöcher!“

Nach den Gesprächen mit Karins und seiner litauischen Amtskollegin Ingrida Simonyte sagte die estnische Premierministerin Kaja Kallas, dass ein „totales Handelsverbot“ mit Russland in Betracht gezogen werden sollte, um die Sanktionen zu umgehen. Die Türkei hat die russische Invasion verurteilt und bewaffnete Drohnen in die Ukraine entsandt. Gleichzeitig lehnt sie westliche Sanktionen gegen Russland ab und unterhält enge Beziehungen sowohl zu Moskau als auch zu Kiew, ihren Nachbarn am Schwarzen Meer. Außerdem hat die Türkei den Handel und den Tourismus mit Russland intensiviert. Einige türkische Unternehmen haben russische Vermögenswerte von westlichen Partnern, die sich aufgrund der Sanktionen zurückziehen, gekauft oder versuchen, sie zu kaufen, während andere große Vermögenswerte im Land halten.

Auch eine Analyse des Wirtschaftsdiensts Euromonitor, die auf Handelsdaten der Behörde Eurostat beruht, legt nahe, dass Sanktionen über Nachbarländer Russlands umgangen werden. So fielen die EU-Exporte nach Russland von März bis November 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 47 Prozent auf 36 Milliarden Euro. Zugleich lieferten EU-Länder Waren im Wert von 20,3 Mrd. Euro nach Belarus, Armenien, Kasachstan, Georgien, Usbekistan und Kirgisistan, was einen Anstieg von 48 Prozent bedeutete. Bei Waren, die unter EU-Sanktionen fallen, haben sich die Lieferungen aus der EU in die sechs genannten Länder fast verdoppelt, während ihre Exporte nach Russland um 71 Prozent einbrachen, so Euromonitor.

Der oberste Sanktionsbeauftragte des US-Finanzministeriums reist diese Woche in die Türkei und in den Nahen Osten, um Länder und Unternehmen zu warnen, dass sie den Zugang zu den G7-Märkten verlieren könnten, wenn sie mit Unternehmen Geschäfte machen, die den US-Sanktionen unterliegen, da Washington hart gegen die russischen Versuche vorgeht, die wegen des Krieges in der Ukraine verhängten Sanktionen zu umgehen.

EU-Konsultationen zu Dual-use-Sanktionen

Die Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission hat eine Konsultation eingeleitet, in der Interessengruppen, die an der Ausfuhr von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck interessiert sind, aufgefordert werden, an der Ausarbeitung von EU-Leitlinien für die Datenerhebung und die Erstellung des EU-Jahresberichts über Ausfuhrkontrollen von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck gemäß der Verordnung (EU) 821/2021 mitzuwirken.

In der Konsultation wird gefragt:

- Was sind Ihre allgemeinen Erwartungen in Bezug auf Transparenz und Berichterstattung im Rahmen der Dual-Use-Verordnung?
- Haben Sie spezielle Anmerkungen dazu, wie die in Artikel 26 der EU-Dual-Use-Verordnung genannten Elemente behandelt werden sollten?
- Welche Art von Informationen ist für die öffentliche Berichterstattung und die Transparenz am wichtigsten und warum, wenn man bedenkt, dass die Datenerfassung für die verschiedenen Arten von Genehmigungen (z. B. Einzelgenehmigungen, Globalgenehmigungen, nationale Genehmigungen und allgemeine Genehmigungen der Union) möglich ist?

Die Konsultation endet am Dienstag, den 28. Februar 2023.

[Guidelines for data collection and preparation of the EU annual report on dual-use export controls under Regulation \(EU\) 821/2021 \(europa.eu\)](#)

Raiffeisen in Tschechien stoppt ab Februar Geldtransfers nach Russland

Eine Tochtergesellschaft der Raiffeisen Bank International (RBI) in Tschechien stoppt laut Informationen der russischen Zeitung Kommersant ab dem 15. Februar ausgehende Zahlungen und Überweisungen nach Russland und Belarus. Entsprechende Benachrichtigungen wurden an die Kunden der Bank gesendet. Aus der Pressemitteilung der Bank gehe hervor, dass die Entscheidung, den Geldtransfer zu stoppen, aus Protest gegen die russische Militäroperation in der Ukraine getroffen wurde.

„Bei der Überweisung von Geldern nach Russland und Belarus kann die Bank die weitere Verwendung des Geldes durch sanktionierte Personen oder für Zwecke, die restriktive Maßnahmen betreffen, nicht beeinflussen. So kann das Regime der internationalen Sanktionen verletzt werden“, erklärte demnach die RBI. Im Mai 2022 beendete die Raiffeisen Bank International bereits die Beziehungen zu einer Reihe von Banken aus Russland, die Korrespondenzkonten bei der RBI eröffnet hatten. In Russland ist die Organisation durch eine Tochtergesellschaft vertreten – die JSC Raiffeisen Bank. Am 17.

März 2022 berichtete die russische Tochtergesellschaft, dass die Organisation weiterhin in der Russischen Föderation arbeiten werde. Sie agiert nun als eigenständige juristische Person. Die ukrainische Nationalbank kritisierte Raiffeisen dafür, weiterhin in Russland zu arbeiten. Die internationale Gruppe antwortete, dass sie einen „sorgfältig geplanten Ausstieg“ aus der russischen Struktur in Betracht ziehe, aber der Prozess sei aufgrund der russischen Gesetzgebung kompliziert.

[Raiffeisen в Чехии с февраля запретит денежные переводы в Россию и Белоруссию - Новости – Финансы – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

Grand Cru für Putins Tochter: Wie der Kreml EU-Sanktionen umgeht, um Luxuswein zu kaufen

Trotz der europäischen Sanktionen gegen Spitzenweine kaufe der Kreml weiterhin Hunderte von Flaschen im Wert von jeweils Zehntausenden von Dollar. Alexej Repik, ein Freund von Putins Tochter Jekaterina Tichonowa, sei dafür zuständig, berichtet The Insider. Seltene Weine, die nach dem Krieg nicht mehr auf dem freien Markt verkauft wurden, seien jetzt in Luxusrestaurants erhältlich, die Repik und seinem Partner Iwan Sibirjew gehörten, einem Topmanager von Unternehmen im Besitz des Oligarchen Gennadi Timtschenko, einem engen Freund Putins. Putins Freunde importierten Wein unter dem Deckmantel von „Zertifizierungsproben“. Inwieweit Zollbeamte an der Umgehung der Sanktionen beteiligt seien, sollte geprüft werden.

[Grand Cru for Putin's daughter: How Kremlin bypasses sanctions to buy luxury wine \(theins.ru\)](#)

Früherer Gouverneur von Sewastopol nicht mehr auf EU-Sanktionsliste

Dmitry Vladimirovich Ovsyannikov, ehemaliger Gouverneur von Sewastopol auf der Krim, wurde von der Russland-Sanktionsliste der EU gestrichen, nachdem die Rechtsakte von September 2020 bis März 2022, die seine Benennung aufrechterhielten, im Oktober 2022 vom Gericht für nichtig erklärt wurden.

[L_2023035DE.01002701.xml \(europa.eu\)](#)

EU sanktioniert iranischen Drohnenproduzenten

Die Iran Aircraft Manufacturing Industries Corporation (HESA) wurde in die Russland-Sanktionsliste der EU aufgenommen, weil sie mutmaßlich an der Entwicklung und Lieferung unbemannter Luftfahrzeuge (UAVs) an Russland beteiligt ist. Im Juli 2010 wurde die HESA bereits im Rahmen der EU-Sanktionen gegen die Verbreitung von Kernwaffen im Iran sanktioniert. Das Unternehmen ist auch im Vereinigten Königreich, den USA, Australien und Kanada gelistet.

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

Tagesaktuelle Füllstände der europäischen Gasspeicher

Über diese Internetseite lassen sich aktuell die Füllstände der Gasspeicher für alle europäischen Länder einsehen:

[Gas Infrastructure Europe - AGSI \(gie.eu\)](https://gie.eu)

Aktuelle EU-Guidelines und FAQ

Die Europäische Kommission hat ihre FAQs zu den Russland-Sanktionen in Bezug auf Medien, Medizin und Gesundheitstechnik, Zollangelegenheiten sowie Umgehung und Sorgfaltspflichten aktualisiert.

[30-January-2023-EU-Commission-FAQs-Media.pdf \(europeanactions.com\)](https://europeanactions.com/30-January-2023-EU-Commission-FAQs-Media.pdf)

[1-February-2023-EU-Commission-FAQs-Medicines-and-medical-devices.pdf \(europeanactions.com\)](https://europeanactions.com/1-February-2023-EU-Commission-FAQs-Medicines-and-medical-devices.pdf)

[7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Customs-related-Matters-compressed.pdf \(europeanactions.com\)](https://europeanactions.com/7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Customs-related-Matters-compressed.pdf)

[7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Circumvention-and-Due-Diligence-compressed.pdf \(europeanactions.com\)](https://europeanactions.com/7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Circumvention-and-Due-Diligence-compressed.pdf)

Außerdem gibt es ergänzende FAQs für Importeure zur Abwicklung von Finanztransaktionen im Zusammenhang mit dem Handel in den besetzten ukrainischen Oblasten Donezk, Cherson, Luhansk und Saporischschja sowie für humanitäre Hilfe.

[7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Oblasts-compressed.pdf \(europeanactions.com\)](https://europeanactions.com/7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Oblasts-compressed.pdf)

[7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Humanitarian-Aid-compressed.pdf \(europeanactions.com\)](https://europeanactions.com/7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Humanitarian-Aid-compressed.pdf)

Hier alle konsolidierten FAQ:

[7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Consolidated-FAQs-compressed.pdf \(europeanactions.com\)](https://europeanactions.com/7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Consolidated-FAQs-compressed.pdf)

Alle EU-Sanktionsentwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](https://europa.eu/Sanctions-adopted-following-Russia's-military-aggression-against-Ukraine)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

4. Russland

Russland verbietet Verkauf von Öl bei Verträgen mit Preisobergrenze

Am 1. Februar trat ein von Präsident Wladimir Putin bereits im Dezember angekündigtes Dekret über Sondermaßnahmen als Reaktion des von den G7-Ländern und der Europäischen Union auferlegten Preisdeckels für russisches Rohöl in Kraft. Nach dem Dekret ist der Verkauf von Öl verboten, wenn in den Verträgen für ihre Lieferung eine Preisobergrenze vorgeschrieben ist. Öl kann in diesen Fällen nur mit Erlaubnis des Präsidenten exportiert werden.

Das Dekret gilt bis zum 1. Juli 2023. Wie es in dem Dokument heißt, wurden die Maßnahmen im Zusammenhang mit den „unfreundlichen und völkerrechtswidrigen“ Handlungen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten sowie zum Schutz nationaler Interessen eingeführt.

Die Obergrenze für russische Ölpreise von 60 US-Dollar pro Barrel und das Embargo für die Lieferung von russischem Rohöl auf dem Seeweg traten am 5. Dezember in Kraft.

[Вступили в силу ответные меры России на потолок цен на нефть - Новости – Экономика – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

Moskau verkauft Gold zur Deckung von Haushaltslücke und erwägt Sondersteuer für Unternehmen

Die Sanktionspakete gegen Russland bringen die russischen Finanzen offenbar zunehmend unter Druck. Insgesamt seien 2,27 Milliarden Yuan (rund 309 Millionen Euro) sowie 3,6 Tonnen Gold verkauft worden, teilte das russische Finanzministerium jetzt nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Tass mit. „Die dadurch erzielten Mittel wurden zur Deckung des Defizits auf das Konto des Staatshaushalts überwiesen«, heißt es in einer Mitteilung. Das Januar-Loch im Staatshaushalt wurde mit 1,76 Billionen Rubel (23 Milliarden Euro) beziffert. Das sind bereits 60 Prozent des für das Gesamtjahr 2023 geplanten Defizites.

Der russische Staat hat laut offiziellen Angaben im Januar umgerechnet 18 Milliarden Euro eingenommen und 41 Milliarden Euro ausgegeben, teilte das Finanzministerium mit. Als Erklärung für dieses Rekorddefizit in einem Januar in Höhe von 1,76 Bio. Rubel (23 Mrd. Euro) führte das Ministerium vorgezogene Ausgaben an. So hätten allein die staatlichen Beschaffungen im Januar 17 Milliarden Euro gekostet, mehr als fünf Mal so viel wie im Vorjahresmonat. Allerdings sind auch gesunkene Einnahmen für das Defizit verantwortlich. So meldete das Ministerium u. a. einen Rückgang der Zuflüsse aus dem Öl- und Gasexport um fast die Hälfte gegenüber Januar 2022 auf 5,5 Mrd. Euro. Grund dafür seien die niedrigen Preise für russisches Erdöl und die gesunkenen Liefermengen von Erdgas. Offenbar wirkt sich hier der von den G7-Staaten eingeführte Preisdeckel auf russisches Öl und ein Embargo für Öllieferungen per Schiff in die EU aus. Experten sehen daher das russische Haushaltsdefizit bis Jahresende höher ausfallen als die bislang

geplanten 2,93 Bio. Rubel (38 Milliarden Euro). 2022 betrug das Defizit 3,35 Bio. Rubel (44 Mrd. Euro).

Russland verfügt nach Darstellung des Finanzministeriums aber noch über Reserven in Höhe von 10,4 Milliarden Euro, 307,4 Milliarden Yuan und 551,2 Tonnen Gold. Das ist allerdings erheblich weniger, als noch im November 2022 gemeldet wurde.

Die finanzielle Situation für den Aggressor wird zunehmend ungemütlicher, kommentiert nach Sichtung der Zahlen das Redaktionsnetzwerk Deutschland RND. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die offiziellen Ausgaben für das russische Militär 2023 noch einmal um 71 Milliarden US-Dollar steigen sollen, wie das russische Wirtschaftsportal RBK berichtet. Auch die Ausgaben für Posten wie „nationale Sicherheit“, zu der unter anderem die Polizei gehört, sollen demnach um dieselbe Summe klettern. Größere Ausgaben würden zudem für Soldaten, ihre Familien, Rentnerinnen und Rentner sowie Mindestlöhne fällig, um so den sozialen Frieden zu wahren.

Dazu passt eine Meldung dpa-Meldung vom 8. Februar, laut der die russische Regierung angesichts westlicher Sanktionen und eines tiefen Etatlochs nach eigenen Angaben im Gespräch mit Großunternehmen über eine einmalige Sondersteuer sei. „Ja, eine freiwillige, einmalige Abgabe vom Business ist im Gespräch“, sagte Vize-Regierungschef Andrej Beloussow laut dpa der russischen Nachrichtenagentur Interfax. Vor allem Großunternehmen, die im vergangenen Jahr hohe Gewinne erwirtschaftet hätten, sollten einen Beitrag leisten, sagte der 63-Jährige. „Das ist keine Steuererhöhung. Das ist eine Art windfall tax (Übergewinnsteuer), so wie es in der Steuerpraxis heißt, ein einmaliger Steuereinzug“, sagte Beloussow, der als wichtiger Wirtschaftsexperte von Kremlchef Wladimir Putin gilt. Zuvor hatten Medien über die Ablehnung einer solchen einmaligen Zahlung durch den Unternehmerverband RSPB berichtet. Es sei nur schwer zu bestimmen, „welchen konkreten Unternehmen eine solche Zahlung vorgeschlagen werden“ solle, so der Einwand. Stattdessen soll der Verband eine Erhöhung der Gewinnsteuer von 20 auf 20,5 Prozent vorgeschlagen haben, was die erste Steuererhöhung seit dem Frühjahr 2022 bedeuten würde.

Um höhere Erdölmengen abzusetzen und den Preisdeckel zu umgehen, transportieren laut einem Bericht der „Financial Times“ (FT) jetzt zunehmend Tankschiffe einer iranischen Geisterflotte russisches Öl. Der Iran hatte nach Informationen der Zeitung schon 2018, nachdem er von den USA sanktioniert wurde, eine Schattenflotte an Tankschiffen aufgebaut. Schiffsbewegungen und Eigentumsverhältnisse Dutzender Schiffe würden verschleiert, um iranisches Öl zu exportieren und die US-Sanktionen zu umgehen. Nun sollen mindestens 16 dieser Schiffe russisches Öl transportieren, weil das profitabler sei, berichtet die britische Zeitung. Russland locke die Schiffseigner mit Spitzenpreisen, um das Öl zu transportieren und so eine der Haupteinnahmequellen des russischen Staatshaushalts nicht versiegen zu lassen. Der Aufschlag für den Transport von russischem Öl liege demnach bei mindestens 50 Prozent über dem normalen Marktpreis, in einigen Fällen sogar über 100 Prozent.

Russisches Öl kann trotz der Sanktionen auch über Umwege nach Europa gelangen. Dazu werden sogenannte Schiff-zu-Schiff-Transfers genutzt, bei denen russisches Öl in internationalen Gewässern auf andere Schiffe umgeladen wird. Besonders auffällig ist dies, wenn russische Öltanker „mit unbekanntem Ziel“ auf das offene Meer rausfahren.

Zu Ölprodukten verarbeitetes Öl lässt sich in einigen Fällen auch mit nicht russischem Öl vermischen. Das Öl wird dann mit einem neuen Etikett versehen und in europäische Häfen gebracht.

Dass sich die Rohölexporte Russlands im vergangenen Jahr etwa verdoppelt haben, hat noch einen weiteren Grund. Ganz legal exportiert Russland einen Teil des Öls in die Türkei und nach Indien, wo es verarbeitet wird und dann als indisches oder türkisches Ölprodukt nach Europa verkauft wird. Indien hat vor dem Krieg gar kein Öl aus Russland importiert, nun beträgt der Anteil Russlands an den indischen Ölimporten bis zu 25 Prozent.

Obwohl Russland mehr Öl exportiert, verdient der Kreml deutlich weniger als früher. Der Preis für russisches Ural-Öl ist im Keller. Nach einem starken Anstieg des Ölpreises in den Jahren 2020 und 2021 ist der Kurs inzwischen um rund 45 Prozent eingebrochen. Er liegt mit circa 53 US-Dollar pro Fass unterhalb des vom Westen auferlegten Ölpreisdeckels (60 US-Dollar).

Experten misstrauen daher zunehmend den offiziellen Wirtschaftszahlen aus Russland. Laut RND sagte der Harvard-Ökonom Ken Rogoff jüngst auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, er „glaube nichts, was die Russen sagen, wenn es um Zahlen geht“. Das betrifft zum Beispiel das offiziell nur um knapp über 3 Prozent geschrumpfte Bruttoinlandsprodukt.

„Das Bruttoinlandsprodukt ist in Kriegszeiten kein aussagekräftiges Instrument“, erklärte der angesehene russische Ökonom Sergej Gurijew Ende Januar bei der „Global Economy Lecture 2023“ an der österreichischen Nationalbank in Wien laut „Handelsblatt“.

Das BIP habe keine Aussagekraft über die wirkliche wirtschaftliche Lage im Krieg, weil die Rüstungsproduktion drastisch hochgefahren werde, sagt Gurjiew, Vorstand der Pariser Elitehochschule Sciences Po, der 2013 aus Russland geflohen ist. So entstehen zwar zahlreiche Güter, diese landen allerdings nie auf dem für alle zugänglichen Markt. Die westlichen Sanktionen gegen Russland bezeichnete Gurijew als effektiv.

Der aus Russland geflohene frühere Vizeenergieminister Wladimir Milow nennt die offiziellen Daten über das BIP oder über eine Erholung des Rubel-Kurses laut RND „Potemkin-Indikatoren“. Sie wären ein Indikator für die tatsächliche wirtschaftliche Situation. Aussagekräftiger seien dagegen der Rückgang des privaten Konsums 2022 um fast 10 Prozent oder der um 7,5 Prozent geringere Wasserverbrauch im Land.

[Russland-Ukraine-Krieg: Moskau verkauft Gold zur Deckung von Haushaltslücke - DER SPIEGEL](#)

[Russland droht wirtschaftlicher Absturz in „unvorstellbare Armut“ \(rnd.de\)](#)

[Wie Russland mithilfe iranischer Geistertanker seine Staatskasse füllt \(rnd.de\)](#)

[Эксперты допустили рост дефицита бюджета сверх плана по итогам года - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

Russland und Iran koppeln Bankensysteme zur Sanktionsumgehung

Russland und der Iran verzweigen ihre Bankensysteme, um zu verhindern, dass sie von SWIFT, dem wichtigen Kommunikationssystem für weltweite Bankzahlungen, ausgeschlossen werden. Dies berichtet Business Insider.

Mehrere iranische Zentralbankbeamte bestätigten die Partnerschaft mit der russischen Zentralbank, wie „Reuters“ zuerst berichtete. Die russische Zentralbank lehnte es jedoch ab, die Angelegenheit zu kommentieren oder eine offizielle Erklärung auf ihrer Webseite abzugeben.

Das neue Kommunikationssystem, das vom Iran und Russland entwickelt wurde, soll rund 700 russische Banken und 106 ausländische Banken aus 13 weiteren Ländern miteinander verbinden, sagte der stellvertretende Gouverneur der iranischen Zentralbank, Mohsen Karimi. Einem vor kurzem erschienenen Bericht zufolge, will Russland das neue System nutzen, um sein Handelsvolumen mit dem Iran auf 10 Milliarden US-Dollar (etwa 9,2 Milliarden Euro) pro Jahr zu steigern. Außerdem plant Russland, gemeinsam mit dem Iran, eine mit Gold unterlegte Kryptowährung zu entwickeln, die den US-Dollar schwächen soll.

[So wollen Russland und Iran den Sanktionen entgehen - Business Insider](#)

Mercedes-Benz Bank Rus darf verkauft werden

Der russische Präsident Wladimir Putin hat nach Informationen von DowJones der Mercedes-Benz Group AG die Erlaubnis erteilt, ihre Finanzdienstleistungs-Tochtergesellschaften in Russland zu verkaufen. Laut einem veröffentlichten offiziellen Erlass hat Putin den Verkauf der Mercedes-Benz Bank Rus an die russische Autohandelskette Avtodom genehmigt. „Dies ist ein wichtiger Schritt im Genehmigungsprozess für den Verkauf der russischen Tochtergesellschaften“, sagte eine Sprecherin von Mercedes-Benz. Avtodom erklärte, man hoffe, von der Regierung die Erlaubnis zum Erwerb aller Vermögenswerte von Mercedes-Benz in Russland zu bekommen. Mercedes verhandelt mit dem russischen Autohändler auch über den Verkauf ihres Autowerks in Moscovia, etwa 40 km von der russischen Hauptstadt Moskau entfernt, wo bis vor dem Ukraine-Krieg E-Klasse-Limousinen und Sport Utility Vehicles montiert wurden. Avtodom rechnet damit, die Übernahme der Finanzdienstleistungen „bis Ende Februar abschließen können“. Unabhängig von dem Avtodom-Deal versucht Mercedes-Benz, seine 15-prozentige Beteiligung am russischen Lastwagenhersteller Kamaz zu verkaufen, der auch gepanzerte Fahrzeuge für das russische Militär, herstellt.

Ausländischer Besitz auf der Krim soll enteignet werden

Russland will „ausländische“ Güter und Vermögenswerte auf der annektierten Krim verstaatlichen und einen Teil des Geldes an Soldaten weiterleiten, die in der Ukraine kämpfen. Der Präsident des von Russland auf der Krim eingesetzten Regionalparlaments,

Wladimir Konstantinow, soll dies nach verschiedenen Medienberichten am 3. Februar auf Telegram angekündigt haben. Es gehe dabei um „Vermögen ausländischer Bürger und Staaten, die feindliche Taten gegen Russland ausüben“.

Das Gesetz ziele unter anderem auf das Vermögen ukrainischer Einzelpersonen und Unternehmen und sei einstimmig beschlossen worden, hieß es weiter von Seiten des 2014 nach der Annexion der Halbinsel Krim installierten Regionalparlaments. Ein Teil der Vermögenswerte fließe zur Unterstützung „an die Teilnehmer der Spezial-Militäroperation“, sagte Konstantinow der Nachrichtenagentur Ria Nowosti. Behörden sollen die Gelder teilweise verteilen, indem kostenlos „Grundstücke zur Verfügung gestellt“ werden, teilte die Regionalregierung mit.

Den staatlichen russischen Nachrichtenagenturen Tass und Ria Nowosti zufolge befinden sich auf der Liste der zu enteignenden Personen der reichste Mann der Ukraine, Rinat Achmetow, der Oligarch Ihor Kolomojskyj, ein Dutzend ukrainische Banken, der Fußballverein Dynamo Kiew und Fabriken - insgesamt „rund 500 Einrichtungen in Zusammenhang mit diversen Unternehmen, Banken, Tourismus und Sport“, teilte Konstantinow auf Telegram mit.

[Russland will ukrainische Vermögen auf Krim verstaatlichen \(oe24.at\)](https://www.oe24.at)

Ministerium zu Enteignungen

Das russische Finanzministerium hat sich zu einer möglichen Antwort auf Enteignungen russischer Vermögenswerte im Ausland geäußert. „Wir führen ein Register von ausländischem Eigentum auf russischem Boden, sodass wir grundsätzlich auf spiegelbildliche Maßnahmen vorbereitet sind“, sagte Dmitrij Kiku, der stellvertretende Leiter der Abteilung im Finanzministerium für die Überwachung von Sanktionen. Man müsse jedoch auch die Folgen solcher „Strafmaßnahmen“ auf „das Image Russlands, seine Wirtschaft und das Investitionsklima“ berücksichtigen, so Kiku. Derzeit gibt es seiner Ansicht nach im Westen keine einheitliche Position zur Enteignung russischer Vermögenswerte. Es sei jedoch möglich, dass besonders „radikal eingestellte“ Länder in der Frage vorpreschen und andere ihnen dann folgen. Als Beispiele für erstere nannte Kiku Kanada und Polen.

In Belarus droht Fremdverwaltung von Unternehmen

In Belarus droht ausländischen Unternehmen staatliche Zwangsverwaltung, darauf weist Germany Trade&Invest hin. Die belarussische Regierung habe mit dem Gesetz Nr. 239-3 „Über Fragen der Überführung unter vorübergehende externe Verwaltung“ vom 3. Januar 2023 die rechtliche Grundlage zur Fremdverwaltung von Unternehmen geschaffen. Im Fokus stehen demnach juristische Personen belarussischen Rechts, an denen Ausländer als Gesellschafter oder Aktionäre beteiligt sind. Diese Unternehmen können auf Beschluss der zuständigen Behörden unter Zwangsverwaltung gestellt werden, wenn:

- das geschäftsführende Organ seinen Pflichten zur Leitung des Unternehmens nicht nachkommt;
- die Geschäftsführung des Unternehmens unternehmensschädigende Maßnahmen ergreift, die zur Einstellung der Tätigkeit, zur Liquidation oder zum Konkurs des Unternehmens führen können.
- Als externer Verwalter kann ein Treuhänder eingesetzt werden, der auf Beschluss der Behörden für bis zu 18 Monate die Geschäftsführung des Unternehmens übernimmt. Nach Einsetzung des Treuhänders verliert die Geschäftsführung ihre Rechte und Befugnisse und kann die Tätigkeit ihres Unternehmens zeitweise nicht mehr beeinflussen.

Die Regelung ist am 17. Januar 2023 in Kraft getreten und gilt vorerst bis zum 31. Dezember 2025.

[Belarus droht Unternehmen mit Fremdverwaltung | Wirtschaftsumfeld | Belarus | Gegensanktionen, Gesellschaftsrecht \(gtai.de\)](#)

Inzwischen stehen fast 3000 russische Unternehmen auf Sanktionslisten

Im Laufe des Jahres 2022 hat sich die Zahl der russischen Unternehmen, die Sanktionen unterliegen, fast verdoppelt - von 1600 auf 2900. Unter Berücksichtigung von Unternehmen, an denen sanktionierte Personen zu mehr als 50 Prozent beteiligt sind, betreffen die verschiedenen Sanktionen sogar 10.000 russische Unternehmen. Dies haben laut einem Bericht der russischen Wirtschaftszeitung Kommersant Analysten des Kontur.Prizma-Dienstes errechnet.

Laut einer Umfrage russischen Zentralbank unter Industrieunternehmen ist der Verlust des Zugangs zu Technologie und Ausrüstung für effiziente Exportunternehmen am gravierendsten. Die Zentralbank stellt laut Kommersant fest, dass die russischen Exporte unter solchen Bedingungen selbst bei einer Neuausrichtung der Lieferungen an „befreundete“ Länder an Wettbewerbsfähigkeit verlieren und sinken können. Im Jahr 2023 könnten sich die Schwierigkeiten der Unternehmen verschärfen, unter anderem durch die Ausweitung von Sekundärsanktionen und den Verlust neuer Lieferkanäle.

Mehr als ein Drittel der wichtigsten sanktionierten Unternehmen sind in Moskau und der Region Moskau registriert (1100). 270 befinden sich im Raum St. Petersburg und 150 auf der Krim. Bezogen auf Branchen litten Unternehmen aus dem Bereich Forschung und Entwicklung am meisten. Die meisten Sanktionen stammten aus der Ukraine (2373), den USA (1744), der EU (574), Japan (428) und der Schweiz (416).

Die erwähnte Studie der Russischen Zentralbank (basierend auf einer Umfrage unter Unternehmen, die im Juli-August durchgeführt wurde) zeigt, dass Importbeschränkungen zu einem Schlüsselproblem für Unternehmen geworden sind. Dazu gehört die Verschlechterung der Transportbedingungen und die Weigerung ausländischer Unternehmen, Rohstoffe, Komponenten, Ersatzteile und Ausrüstung zu liefern.

Nachfrageseitige Zwänge, finanzielle Probleme und Exportbeschränkungen waren für den Industriesektor weniger bedeutend.

Die Zentralbank ist der Ansicht, dass Probleme mit der Versorgung mit notwendigen Importen zu einer Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit der russischen Exporte führen und ihre Diversifizierung einschränken können, selbst bei erweitertem Zugang zu anderen Exportmärkten.

Unter dem Druck der Sanktionen hätten einige Unternehmen bereits den Export eingestellt oder ihre Mengen reduziert, sowohl in „unfreundliche“ Länder als auch in andere Märkte aufgrund der Risiken sekundärer Sanktionen. So sank der Anteil der Exporteure unter den Befragten der Zentralbank im Vergleich zur vorherigen Umfrage von 58 auf 52 Prozent.

[Ограничение импорта бьет по экспорту – Газета Коммерсантъ № 18 \(7463\) от 01.02.2023 \(kommersant.ru\)](#)

Gazprombank stoppt Dollar-Überweisungen

Die russische Großbank Gazprombank wird ab sofort keine grenzüberschreitenden Überweisungen in US-Dollar mehr durchführen. Der Schritt sei erforderlich, weil zwei Korrespondenzbanken in den USA – JP Morgan Chase und New York Mellon – die Zusammenarbeit beendet hätten, teilte das Unternehmen laut Reuters mit. Auf die russischen Gasexporte, die seit vergangenem Jahr über die Gazprombank abgewickelt werden, habe die Maßnahme keine Auswirkungen, so ein Insider gegenüber dem Wirtschaftsportal RBC. Es gebe zurzeit so gut wie keine Käufer von russischem Erdgas, die dafür mit Dollar bezahlen.

[Russia's Gazprombank says U.S. banks to stop servicing its dollar correspondent accounts | Reuters](#)

Kreml macht Ausnahme für Schaeffler

Laut einer Meldung der Nachrichtenagentur TASS hat die russische Regierung die Schaeffler Gruppe von einem im November 2022 verhängten Transaktionsverbot vorübergehend ausgenommen. Eine neue Verordnung erlaube Geschäfte und Transaktionen mit dem deutschen Autozulieferer und seinen russischen Tochtergesellschaften bis zum 31. Dezember 2023. Moskau hatte Schaeffler und weitere 20 deutsche Firmen im vergangenen Herbst auf eine schwarze Liste gesetzt und jegliche Geschäfte mit ihnen untersagt. Den Unternehmen wurde vorgeworfen, im militärisch-technischen Bereich tätig zu sein. Seit 2014 betreibt der Automobilzulieferer Schaeffler in Uljanowsk an der Wolga etwa 900 Kilometer südöstlich von Moskau eine eigene Fabrik.

Kartenlesegerät-Marktführer vor Rückzug

Der französische Hersteller von Kartenlesegeräten Ingenico möchte sich aus Russland zurückziehen. Das erfuh das russische Wirtschaftsportal RBC. Als Stichtag ist der 1. März und Ende März als Frist für den Support an den Geräten im Gespräch. Dabei handelt es sich um Terminals zum bargeldlosen Bezahlen und Lesen von Karten insbesondere in Banken. Experten schätzen den Marktanteil von Ingenico in Russland auf 50 Prozent, insgesamt gibt es davon vier Millionen im ganzen Land. Das Ministerium für Industrie und Handel bestreitet, dass der Weggang zu Engpässen bei den Terminals führen werde.

[В Минпромторге прокомментировали информацию о возможном уходе Ingenico - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

Decathlon will Russland-Geschäft einstellen

Der Sportartikel-Händler Decathlon sucht einen Käufer für sein Russlandgeschäft. Das erfuh das Wirtschaftsportal RBC. Die Franzosen betrieben vergangenes Frühjahr 57 Läden in Russland, zurzeit sind es noch 28, die seit Ende Juni allerdings geschlossen sind. Experten schätzen den Wert des Russlandgeschäfts auf 170-200 Mio. Euro. Als Unternehmen aus einem „unfreundlichen Land“ ist Decathlon auf die Freigabe des Verkaufs durch die russische Regierung angewiesen.

[Французская сеть Decathlon решила продать свой бизнес в России — РБК \(rbc.ru\)](#)

Nachbarn Russland erleben Sonderkonjunktur

Im Kaukasus und in Zentralasien haben die Volkswirtschaften ein turbulentes Jahr hinter sich. Zwar haben die rohstoffarmen Länder unter ihnen mit teuren Energieträgern und Vorprodukten zu kämpfen. Doch die massive Einwanderung von jungen Russinnen und Russen, die sich der Teilmobilisierung entziehen, kurbele die Nachfrage nach Wohnraum und schnelldrehenden Konsumgütern etwa in Kasachstan, Georgien und Armenien deutlich an, berichtet Germany Trade & Invest und betrachtet in einer Analyse einzelne Märkte. Auch aus der Ukraine und aus Belarus gebe es starke Migrationsbewegungen. Deshalb dürfte nach GTAI-Schätzung die Wirtschaftsleistung in der Region auch 2023 schneller wachsen als in anderen Weltregionen. Während die Weltbank für das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) einen Zuwachs von nur 1,7 Prozent erwartet, liegen die Prognosen für alle südlichen Nachfolgestaaten der Sowjetunion deutlich darüber. Schon 2022 lag das Wachstum im Kaukasus und in Zentralasien über dem globalen Durchschnitt von 2,9 Prozent.

Zum vollständigen Bericht:

[Russlands Nachbarländer erleben eine Sonderkonjunktur | Wirtschaftsausblick | GUS | Konjunktur \(gtai.de\)](#)

5. USA

Hoher Einfuhrzoll auf russisches Aluminium statt Sanktionen

Nach Informationen der russischen Wirtschaftszeitung Kommersant wollen die USA russisches Aluminium mit einem Einfuhrzoll in Höhe von 200 Prozent belegen, berichtet Kommersant unter Berufung auf die US-Nachrichtenagentur Bloomberg. Zurzeit beziehen die USA ein Zehntel ihrer Importe von russischen Unternehmen, insbesondere von Rusal. In den ersten elf Monaten 2022 beliefen sich die Einfuhren aus Russland auf insgesamt 605 Mio. US-Dollar, was dem Niveau des Vorjahreszeitraums entsprach. Mit den Zöllen wolle die US-Regierung gegen das Preisdumping vorgehen, das sie den russischen Herstellern vorwirft, so der Bericht. Als alternative Maßnahme hätten die USA auch Sanktionen gegen Rusal erwogen. Die nun voraussichtlich gewählte Lösung mit Prohibitiv-Zöllen sei weniger gefährlich für die Weltwirtschaft, urteilt die Wirtschaftszeitung Kommersant. Rusal erzieht weniger als 10 Prozent seiner Umsätze in den USA, in der EU sind es rund 40 Prozent. 2018 hatten US-Sanktionen gegen Rusal für Turbulenzen auf dem Aluminiummarkt geführt.

[Заграда нашла героя – Газета Коммерсантъ № 22 \(7467\) от 07.02.2023 \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru/doc/7467)

USA überweisen russisches Oligarchen-Geld an die Ukraine

US-Justizminister Merrick Garland hat nach Angaben von DowJones die erste Überweisung von beschlagnahmtem Geld eines russischen Oligarchen an die Ukraine bekanntgegeben. Das vom russischen Milliardär Konstantin Malofejew beschlagnahmte Vermögen sei „zur Unterstützung des ukrainischen Volks“ vorgesehen, sagte Garland dem TV-Netzwerk CNN. Es soll sich um Gelder in Höhe von 5,4 Millionen US-Dollar handeln. Garland zufolge waren die Vermögenswerte Malofejews im April 2022 beschlagnahmt worden, nachdem er wegen des Umgehens bestehender Sanktionen angeklagt worden war. Malofejew gilt als einer der wichtigsten Finanziere pro-russischer Separatisten in der Ostukraine.

Wagner-Gruppe wird als kriminelle Organisation eingestuft

Die USA haben Sanktionen gegen die Wagner-Gruppe und die mit ihr verbundenen Unternehmen verhängt. Auch verschiedene internationale Zweigfirmen mit Beziehungen zu der Gruppe sind betroffen.

Hintergrund sind die Rolle der Truppe im Krieg in der Ukraine und ihre Aktivitäten in Afrika, darunter Menschenrechtsverstöße. Zugleich wurde die Wagner-Gruppe erneut als "bedeutende transnationale kriminelle Organisation" eingestuft. Betroffen sind auch Dutzende Zweigfirmen der Wagner-Gruppe, darunter einige in der Zentralafrikanischen Republik und den Vereinigten Arabischen Emiraten, sowie der Präsident des russischen Kalaschnikow-Konzerns.

Die Sanktionen treffen auch das chinesische Unternehmen Changsha Tianyi Space Science and Technology Research Institute, auch bekannt als Spacety China, das Zweigfirmen der Wagner-Gruppe mit Satellitenaufnahmen der Ukraine versorgt und damit Wagners Militäroperationen dort unterstützt hat. Auch eine Niederlassung von Spacety China in Luxemburg wurde mit Sanktionen belegt.

Die Wagner-Gruppe gehört Jewgeni Prigoschin, einem Millionär mit engen Beziehungen zum russischen Präsidenten Wladimir Putin. Mit den Sanktionen wird mögliches Vermögen der Genannten in den USA eingefroren, US-Bürger dürfen mit ihnen keine Geschäfte machen.

Der Kreml bemühe sich verzweifelt um Waffen und Unterstützung – „darunter durch die brutale Wagner-Gruppe -, um seinen ungerechten Krieg gegen die Ukraine fortzusetzen“, erklärte Finanzministerin Janet Yellen. Die neuen Sanktionen erschwerten es Putin weiter, „seine Kriegsmaschine zu bewaffnen und auszurüsten“.

In den Reihen der Privatarmee seien derzeit rund 50.000 Kämpfer in der Ukraine im Einsatz, hieß es zuletzt aus dem Nationalen Sicherheitsrat der US-Regierung. Darunter seien 10.000 Söldner und 40.000 Strafgefangene, die Prigoschin in russischen Gefängnissen angeworben habe. Der Putin-Vertraute ist in den USA auch vom FBI wegen Einmischung in die US-Präsidentenwahl zur Fahndung ausgeschrieben.

In Übereinstimmung mit der Executive Order (E.O.) 14024 hat das Außenministerium folgende Personen und Institutionen gelistet:

Aleksei Alekseevich Malyarevich
Charter Green Light
Africa Politology
Prime Security and Development
Sewa Security Service
Moscow Officers Union for International Security.

Hinzu kommen Personen wegen vermuteter Beteiligung an der Rekrutierung russischer Gefangener für die Wagner-Gruppe:

Dmitriy Nikolaevich Bezrukikh, Arkadiy Aleksandrovich Gostev und Ivan Pavlovitch Prokopenko, Denis Valentinovich Manturov, russischer Vizepremierminister und Minister für Industrie und Handel, Andrey Vladimirovich Burov, Vorsitzender der Wahlkommission der Region Rostow,

Gelistet wurden auch Personen/Unternehmen, die mit dem von den USA sanktionierten Vladimir Olegovich Potanin verbunden sein sollen:
Sergey Leonidovich Batekhin, MK Interros Invest, Whiteleave Holdings Limited, Saltcliff Trading Limited und International Limited Liability Company Interros Capital, Kaleidoskop, Sergej Nikolajewitsch Adonjew und seine Familienmitglieder Filipp und Luka Sergejewitsch Adonjew, die Yachten Addiction und Anatta sowie das Flugzeug S5-SAD.

Neun Unternehmen wurden wegen vermuteter Unterstützung für den militärisch-industriellen Komplex Russlands gelistet.

Das Außenministerium hat außerdem gemäß Artikel 212(a)(3)(C) des Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes Visabeschränkungen für 531 Mitglieder des russischen Militärs verhängt.

OFAC

Das Office of Foreign Asset Control hat die Wagner-Gruppe gemäß E.O. 13581, geändert durch E.O. 13863, als bedeutende transnationale kriminelle Organisation eingestuft. Sie hat die Gruppe auch gemäß E.O. 13667 wegen ihrer mutmaßlichen Aktivitäten in der Zentralafrikanischen Republik (CAR) sanktioniert.

Das OFAC hat zudem die russischen Staatsangehörigen Aleksandr Aleksandrovich Ivanov und Valery Nikolayevich Zakharov, die die militärischen Operationen der Wagner-Gruppe unterstützen sollen, sowie sieben mit ihnen verbundene Einrichtungen mit Sitz in Russland, China, Luxemburg, der Zentralafrikanischen Republik oder den Vereinigten Arabischen Emiraten gelistet.

Gemäß der Executive Order 14024 wurden zudem folgende Personen durch das OFAC gelistet:

- die russischen Staatsangehörigen Alan Valeryevich Lushnikov und Yan Valentinovich Novikov, 7 Unternehmen und 4 Flugzeuge, die im Rahmen des russischen Verteidigungsindustriekomplexes tätig sind.
- Rustam Nurgalijewitsch Minnichanow, Vorstandsvorsitzender der mit US-Sanktionen belegten Tupolew Public Joint Stock Company, seine Frau Gulsina Achatowna Minnichanowa und das mit ihr verbundene Hotel Obshchestvo s Ogranichennoi Otvetstvennostyu Luchano.
- die Beamten der Russischen Föderation Aleksandr Dmitrievich Kharichev und Boris Yakovlevich Rapoport.

[Countering the Wagner Group and Degrading Russia's War Efforts in Ukraine - United States Department of State](#)

[Treasury Sanctions Russian Proxy Wagner Group as a Transnational Criminal Organization | U.S. Department of the Treasury](#)

[Actions to Counter Wagner and Degrade Russia's War Efforts in Ukraine - United States Department of State](#)

[Russische Söldnertruppe: USA weiten Sanktionen gegen Wagner-Gruppe aus | tagesschau.de](#)

[Press Briefing by Press Secretary Karine Jean-Pierre and NSC Coordinator for Strategic Communications John Kirby | The White House](#)

USA heben Sanktionen gegen ehemalige russische Sberbank-Einheit auf

Das US-Finanzministerium wird offenbar Sanktionen gegen eine frühere russische Tochtergesellschaft der Sberbank aufheben, die sich nun vollständig im Besitz eines kasachischen Unternehmens befindet, wie ein Sprecher des Finanzministeriums und ein US-Beamter gegenüber Reuters erklärte. Auch das Wall Street Journal hatte über das bevorstehende Delisting berichtet. Das Finanzministerium verhängte im Februar letzten Jahres Sanktionen gegen das Unternehmen, das früher den Namen Subsidiary Bank Sberbank of Russia Joint Stock Co trug, als Reaktion auf das, was Russland eine „Spezialoperation“ in der Ukraine nennt. Die Sberbank, Russlands größter Kreditgeber, verkaufte ihre kasachische Tochtergesellschaft im August an die staatliche kasachische Finanzholding Baiterek. Die kasachische Tochtergesellschaft war nach Vermögenswerten die zweitgrößte Bank in der ehemaligen Sowjetrepublik.

<https://www.reuters.com/business/finance/us-lift-sanctions-former-russian-sberbank-unit-2023-02-07/>

Sanktionen gegen militärisches Netzwerk mit Bezug zu Russland

Am Mittwoch (1. Februar 2023) hat das OFAC zehn Personen und zwölf Einrichtungen sanktioniert, die ein Netzwerk zur Umgehung von Sanktionen bilden sollen, das den militärisch-industriellen Komplex Russlands unterstützt und von dem Waffenhändler und russischen, israelischen und zypriotischen Staatsbürger Igor Zimenkov angeführt wird.

Die aufgeführten Personen:

- Igor Zimenkov und sein Sohn Jonatan Zimenkov;
- Asia Trading & Construction PTE Limited mit Sitz in Singapur und seine Direktorin Serena Bee Lin Ng;
- die in Israel ansässige Texel F.C.G. Technology 2100 Limited und ihr Geschäftsführer Marks Blats sowie die in Lettland ansässige Elektrooptika SIA, die Herrn Blats gehört;
- GBD Limited mit Sitz in Zypern, dessen Eigentümer und Direktor Alexander Volfovich sowie sechs weitere Unternehmen im Besitz von Herrn Volfovich;
- Volfovichs Söhne Stanislav Volfovich und Ariel Volfovich;
- der usbekische Staatsangehörige Maks Borisovich Piflaks und sein Sohn Gilad Piflaks;
- Pitaron Limited und Terra-Az Limited mit Sitz in Zypern und ihr Eigentümer Igor Palnychenko

[Sanctioning Evasion Network Supporting Russia's Military-Industrial Complex - United States Department of State](#)

US-Leitlinien zum Umgang mit dem neuen Preisdeckel auf Ölprodukte

Im Einklang mit anderen G7-Mitgliedern, der EU und Australien haben auch die USA ein Verbot von Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Seetransport von Erdölzeugnissen mit Ursprung in Russland verhängt, auf der Grundlage einer Bestimmung gemäß Abschnitt 1(a)(ii) der Executive Order (E.O.) 14071, „Prohibitions on Certain Services as They Relate to the Maritime Transport of Petroleum Products of Russian Federation Origin“. Die Maßnahmen traten am 5. Februar 2023 in Kraft.

Betroffen sind folgende Dienstleistungen:

- Handel/Vermittlung von Rohstoffen;
- Finanzierung;
- Schifffahrt;
- Versicherung, einschließlich Rückversicherung und Schutz und Entschädigung;
- Beflagung; und
- Zollvermittlungsdienste.

Das Dienstleistungsverbot gilt nicht für russische Erdölprodukte, die vor dem 5. Februar 2023, auf ein Schiff verladen und vor dem 1. April 2023 im Bestimmungshafen entladen werden.

Preisobergrenzen

Die Preisobergrenzen für die Zwecke einer Ausnahme von dem Verbot wurden durch eine Entscheidung gemäß Abschnitt 1(a)(ii), 1(b) und 5 der E.O. 14071, „Price Cap on Petroleum Products of Russian Federation Origin“, festgelegt. Die entsprechenden Dienstleistungen werden genehmigt, wenn der Preis der Erdölprodukte nicht übersteigt:

45 US-Dollar pro Barrel für „Discount to Crude“ russische Erdölprodukte; oder
100 US-Dollar pro Barrel für Premium-Ölprodukte aus Russland.

Allgemeine Lizenzen

Das OFAC hat zudem Ausnahmegenehmigungen im Zusammenhang mit der Einfuhr von russischem Rohöl oder Erdölzeugnissen nach Bulgarien, Kroatien oder in EU-Binnenstaaten gemäß der Verordnung (EU) 2022/879 des Rates gewährt; zudem wurden bestimmte Transaktionen genehmigt, die üblicherweise anfallen und notwendig sind, um Notfälle auf Schiffen im Zusammenhang mit der Gesundheit oder Sicherheit der Besatzung oder dem Umweltschutz zu beheben, einschließlich sicheres Anlegen oder Ankern, Notreparaturen oder Bergungsmaßnahmen.

Hier die einzelnen Dokumente:

[price_cap_determination_20230203.pdf \(treasury.gov\)](#)

[determination_eo14071_20230203.pdf \(treasury.gov\)](#)

[price_cap_guidance_combined_20230203.pdf \(treasury.gov\)](#)

[Guidance on Implementation of the Price Cap Policy for Crude Oil and Petroleum Products of Russian Federation Origin; Publication of Russia-related Determinations; Issuance of Russia-related General Licenses | U.S. Department of the Treasury](#)

General Licenses:

[russia_gl56a.pdf \(treasury.gov\)](#)

[russia_gl57a.pdf \(treasury.gov\)](#)

Sanktionen gegen Cyberkriminelle

In koordinierten Aktionen haben das Vereinigte Königreich und die USA sieben Personen gelistet, die der in Russland ansässigen Cyberkriminellen-Bande Trickbot angehören sollen. Trickbot soll eine Reihe illegaler Cyberaktivitäten durchgeführt haben, darunter Ransomware-Angriffe auf Krankenhäuser, und die Mitglieder der Gruppe sollen mit den russischen Geheimdiensten in Verbindung stehen. Vitaliy Kovalev, Valery Sedletski, Valentin Karyagin, Maksim Mikhailov, Dmitry Pleshevskiy, Mikhail Iskritskiy und Ivan Vakhromeyev wurden sowohl von den USA als auch Großbritannien neu gelistet.

[The Cyber \(Sanctions\) \(EU Exit\) Regulations 2020 \(legislation.gov.uk\)](#)

[Federal Register :: Blocking the Property of Certain Persons Engaging in Significant Malicious Cyber-Enabled Activities](#)

Gleichzeitig hat das britische Office of Sanctions Implementation OFSI einen neuen Leitfaden zum Thema „Ransomware und Sanktionen“ veröffentlicht, der folgende Punkte behandelt

[Ransomware Sanctions guidance Feb 2023 .pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Gesetzentwurf: Briten arbeiten an Weitergabe eingefrorener russischer Gelder

Am 7. Februar legte der Abgeordnete Sir Chris Bryant dem britischen Unterhaus einen Gesetzentwurf über die Beschlagnahme russischer Staatsgelder und die Unterstützung der Ukraine gemäß der „10-Minuten-Regel“ vor, wie die Webseite europeansanctions.com berichtet. Aussprache. Der Gesetzentwurf, der bereits eingebracht wurde und am 24. Februar in zweiter Lesung behandelt wird, sieht vor, dass die Regierung Vorschläge zur Beschlagnahme eingefrorener russischer Staatsgelder und deren Weitergabe an die Ukraine vorlegt. Es heißt, dass 26 Milliarden Pfund an Reserven der russischen Zentralbank im Vereinigten Königreich eingefroren sind.

Gesetzentwurf:

[Seizure of Russian State Assets and Support for Ukraine Bill - Parliamentary Bills - UK Parliament](#)

Briten sanktionieren weitere russische Einrichtungen und Personen

Das Vereinigte Königreich hat heute 8 Personen und 7 Einrichtungen auf seine Russland-Sanktionsliste gesetzt. Darunter befindet sich auch der prominente Unternehmer Boris Titow und sein Sohn.

Gelistet wurden demnach im Detail:

sechs russische Einrichtungen, die angeblich militärische Ausrüstung zur Unterstützung der russischen Aktionen in der Ukraine liefern:

- CST, ein Hersteller von Drohnen;
- RT-Komplekt, ein Hersteller, der sich mit der Wartung und Reparatur von Luftfahrtausrüstung befasst;
- Oboronlogistics, ein staatliches Versand- und Logistikunternehmen;
- Universalmash, ein Produktionsbetrieb, der das Kettenfahrgestell des Flugabwehrraketensystems S-300V4 herstellt;
- Lipetsk Mechanical Plant;
- Topaz, ein Luftfahrtunternehmen, das Hardware und Software für Militärflugzeuge entwickelt und herstellt.

Außerdem gelistet wurde Moscoms LLC, ein russisches IT-Dienstleistungsunternehmen, das angeblich an der Destabilisierung der Ukraine beteiligte Personen mit Host-Domains versorgt, darunter LLCinvest.ru.

Hinzu kommen russische Staatsangehörige, die unter anderem mit Luxusresidenzen des russischen Präsidenten Putin in Verbindung stehen sollen:

- Boris Titow, russischer Präsidialbeauftragter für die Rechte der Unternehmer;
- Der britisch-russische Staatsangehörige Pawel Titow, Vorsitzender des Verwaltungsrats von Abrau-Durso und Präsident von Delowaja Rossiya sowie Sohn von Boris Titow
- Nikolai Egorow, ehemaliger Direktor der Antipinsky Ölraffinerie JSC und Eigentümer von Energetika Sodruzhestvo Uspekhn LLC;
- Sergej Rudnow, Eigentümer des Nachrichtenmagazins Regum;
- Svetlana Kriwonogich, Aktionärin der Bank Rossiya; und
- Wiktor Myachin, Eigentümer von Aerostart.
- Die russischen Staatsangehörigen Alexej Repik, Vorstandsvorsitzender von R-Pharm, und
- Jewgenij Schkolow, stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats von JSC System Operator of the Unified Energy System.

[New sanctions target Putin's war machine and financial networks as UK accelerates economic pressure on Russia - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/new-sanctions-target-putin-s-war-machine-and-financial-networks-as-uk-accelerates-economic-pressure-on-russia)

Ergänzte Guidelines zu Beratungsverbot

Das britische Department for International Trade's ECJU hat seinen Leitfaden zur Erbringung von freiberuflichen und unternehmerischen Dienstleistungen an eine mit Russland verbundene Person aktualisiert.

Zusätzlich zu den Lizenzanträgen und Anschreiben enthält der Leitfaden jetzt auch einen Überblick über die Russland-Sanktionen; Einhaltung der Vorschriften; Ausnahmen und Lizenzen; und Berufs- und Unternehmensdienstleistungen, die ab dem 16. Dezember 2022 verboten sind, einschließlich: Werbedienstleistungen; Architektur- und Ingenieurdienstleistungen; Wirtschaftsprüfungsdienstleistungen; und IT-Beratungs- und Designdienstleistungen.

[Supplying professional and business services to a person connected with Russia - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/supplying-professional-and-business-services-to-a-person-connected-with-russia)

Ukraine

Ukraine sanktioniert Leasingtöchter von Unicredit und Raiffeisen International

Die russischen Leasingtöchter der Großbanken Raiffeisen und Unicredit sind von der Ukraine offiziell als „Kriegshelfer“ gebrandmarkt und mit Sanktionen wie der Beschlagnahme von Vermögen belegt worden. Dies geht aus einem Erlass von Präsident Wolodymyr Selenski hervor. Betroffen von neuen ukrainischen Sanktionen sind insgesamt 182 Unternehmen und drei Personen.

Die Raiffeisen Bank International (RBI) betonte heute, dass die Leasing keine Vermögenswerte in der Ukraine habe, betroffen wären Kunden wenn sie mit geleaster Ware in die Ukraine fahren würden. Seit Ausbruch des Angriffskrieges Russlands seien keine neuen Leasinggeschäft in Russland abgeschlossen worden, so die RBI zur APA.

Von den Sanktionen betroffen ist auch die russische Tochter der Bank-Austria-Mutter Unicredit, bis 2016 wurde das Russlandgeschäft von Wien aus geführt. RBI und Unicredit Austria sind hinter der Erste Group die größten Banken Österreichs.

Das beschlagnahmte verfügbare Vermögen werde der Landesverteidigung zugute kommen, sagte Selenskyj nach Angaben der Nachrichtenagentur dpa in seiner Videobotschaft. Auch belarussische Firmen, die Russland bei den Transporten unterstützen, stehen auf der am Abend veröffentlichten Liste. Die Ukraine arbeite daran, dass auch andere Staaten die Aktiva der Firmen blockierten. Zugleich dankte Selenskyj „allen, die helfen, die Sanktionen gegen Russland zu verstärken“ und jenen Ermittlern, die Russlands Umgehung der Strafmaßnahmen aufdeckten und verfolgten.

["Kriegshelfer": Ukraine verhängt Sanktionen gegen Raiffeisen und Unicredit - Wirtschaftspolitik - derStandard.de › Wirtschaft](#)

Ukraine sanktioniert orthodoxe Kirche

Am 23. Januar 2023 hat die Ukraine 22 russische Staatsbürger mit Verbindungen zur russisch-orthodoxen Kirche als Reaktion auf deren Unterstützung von „Terror und völkermörderischer Politik“ sanktioniert. Zu diesen Personen gehört unter anderem Michail Gundajew, der die russisch-orthodoxe Kirche im Ökumenischen Rat der Kirchen vertritt. Am 24.1. setzte die Ukraine zudem zehn ukrainische Staatsbürger auf ihre Sanktionsliste, darunter Priester der russisch-orthodoxen Kirche und der Geschäftsmann und Diakon der ukrainisch-orthodoxen Kirche, Vadim Novinsky.

[Їздити за кордон із недержавною метою посадовцям більше не вдасться – звернення Президента України — Офіційне інтернет-представництво Президента України \(president.gov.ua\)](#)

[УКАЗ ПРЕЗИДЕНТА УКРАЇНИ №26/2023 — Офіційне інтернет-представництво Президента України \(president.gov.ua\)](#)

[УКАЗ ПРЕЗИДЕНТА УКРАЇНИ №43/2023 — Офіційне інтернет-представництво Президента України \(president.gov.ua\)](#)

Ukraine sanktioniert 200 Unternehmen der russischen Atomindustrie

Am 5. Februar genehmigte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy Sanktionen gegen 200 russische Unternehmen, die in der Atomindustrie tätig sind.

[УКАЗ ПРЕЗИДЕНТА УКРАЇНИ №50/2023 — Офіційне інтернет-представництво Президента України \(president.gov.ua\)](#)

[УКАЗ ПРЕЗИДЕНТА УКРАЇНИ №57/2023 — Офіційне інтернет-представництво Президента України \(president.gov.ua\)](#)

Japan

Neue Güter- und Personensanktionen

Am Freitag, den 27. Januar, kündigte Japan weitere Sanktionen gegen Russland an, indem es die Ausfuhr wichtiger strategischer Güter verbot und die Vermögenswerte Dutzender Personen einfror. Dies berichtet Business Europe. Die Sanktionen richten sich gegen russische Politiker, Militärangehörige, Geschäftsleute und Unternehmen (36 Personen und 52 Organisationen). Darunter sind auch 14 pro-moskauische Persönlichkeiten, die mit den illegalen Versuchen Russlands, vier Regionen im Süden und Osten der Ukraine zu annektieren, in Verbindung gebracht werden. Ab dem 3. Februar wird Tokio außerdem die Ausfuhr von Gütern, die zur Stärkung der Moskauer Streitkräfte verwendet werden könnten, an 49 bezeichnete Einrichtungen in Russland verbieten. Dazu gehören nach Angaben des japanischen Ministeriums für Wirtschaft, Handel und Industrie Halbleiterausrüstungen und -komponenten, Roboter, Generatoren, Sprengstoffe und Impfstoffe.

Schweiz

Schweiz folgt EU-Sanktionen

Am 25. Januar beschloss der Bundesrat, weitere Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Er hat damit die jüngsten Maßnahmen der Europäischen Union (EU) im Rahmen des neunten Sanktionspakets übernommen, berichtet Business Europe. Die Maßnahmen traten am 25. Januar um 18 Uhr in Kraft. Die Maßnahmen umfassen die Sanktionierung von rund 200 weiteren Personen und Einrichtungen sowie die Umsetzung der übrigen Maßnahmen des neunten EU-Sanktionspakets mit Wirkung vom 25. Januar. Dazu gehören Verbote von Dienstleistungen in den Bereichen Produkttests, Werbung, Markt- und Meinungsforschung sowie neue Kontrollen und Beschränkungen für die

Ausfuhr verschiedener Güter, einschließlich Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, Gütern zur militärischen und technologischen Verbesserung oder zur Entwicklung des Verteidigungs- und Sicherheitssektors oder Gütern, die zur Stärkung der russischen Industriekapazität beitragen. Darüber hinaus wird das Ausfuhrverbot für Güter für die Luft- und Raumfahrtindustrie auf Flugzeugtriebwerke und Drohnen ausgedehnt. Ebenso werden Neuinvestitionen in den russischen Bergbausektor untersagt. Schließlich hat der Bundesrat eine neue Bestimmung im Zusammenhang mit dem Waffenembargo beschlossen. Die Schweiz kann nun im Einzelfall Ausnahmen vom Waffenembargo für Minenräumgeräte zum Einsatz in der Ukraine gewähren. Bei der Erteilung der Ausfuhrbewilligung wird darauf geachtet, dass das Material rechtmäßig und für den vorgesehenen Zweck verwendet wird.

Georgien

Georgien weist Sanktions-Umgehungsvorwürfe zurück

Der stellvertretende Sprecher des georgischen Parlaments, Archil Talakvadze, erklärte, dass Georgien „niemals zu einem Ort der Umgehung der Sanktionen“ werde, die die internationale Gemeinschaft gegen Russland wegen dessen Einmarsch in der Ukraine verhängt hat, berichtet „Agenda.ge“.

Talakvades Äußerungen bezogen sich auf eine Debatte, die sich an der Frage eines CNN-Reporters an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen über einen angeblichen Export von sanktionierten Gütern nach Russland durch Georgien entzündet hatte. Irakli Kobachidse, der Vorsitzende der regierenden Partei „Georgischer Traum“ hatte zuvor die „falsche“ Prämisse der Frage mit scharfen Worten zurückgewiesen. Talakvadze betonte nun, dass Georgien alle internationalen Regeln einhalte, die während des Krieges in der Ukraine auferlegt wurden, und dass das Land nie ein Ort war und auch in Zukunft nicht sein wird, um die Sanktionen (gegen Russland) zu umgehen.

„Wir haben auf allen internationalen Plattformen eine starke politische Unterstützung für die Ukraine zum Ausdruck gebracht, und Georgien tut alles in seiner Macht Stehende, um die Ukraine und das ukrainische Volk zu unterstützen. Daher ist es unsere erste Pflicht, auf Fehlinformationen und unfaire Anschuldigungen gegen unser Land zu reagieren“, so Talakvadze. Er behauptete zudem, dass „viele Leute“ daran interessiert seien, „dem internationalen Ruf Georgiens zu schaden“, und fügte hinzu, dass es die „erste Pflicht“ der Regierungspartei sei, „der Öffentlichkeit“ und ihren internationalen Partnern „die Wahrheit zu sagen“.

7. Blick über den Tellerrand

Heute keine neuen Meldungen

8. Termine

13. Februar: Putinland: Über das System Putin, seine Geschichte – und den Westen, 19:00-20:15 Uhr, Online

Der imperiale Wahn des Wladimir Putin attackiert auf brutale Weise die Ukraine. Gleichzeitig veränderten die Ereignisse nach dem 24.02.2022 nachhaltig den Westen und die europäische Sicherheitsordnung. Dahinter steckt System – ein über lange Zeit gewachsenes System der Unterdrückung, das der Westen nicht wirklich wahrhaben wollte. Der russische Oppositionelle Leonid Wolkow spricht von einer „faschistischen Diktatur“, die Wladimir Putin errichtet hat. Wolkow ist ein enger Vertrauter des seit 2021 inhaftierten Dissidenten Alexei Nawalny und politischer Direktor der von Nawalny begründeten Antikorruptionstiftung (FKB).

Wie konnte es Putin gelingen, über viele Jahre dieses brutale Unterdrückungssystem aufzubauen? Wer ist überhaupt dieser Wladimir Putin? Was hat ihn geprägt und zu diesem menschenverachtenden Diktator werden lassen? Welche Chance hingegen hat Russlands Opposition noch in diesen Zeiten? Darüber diskutiert Leonid Wolkow gemeinsam mit Ute Kochlowski-Kadjaia, Projektleiterin Russland & Zentralasien der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, und dem Moderator Meinhard Schmidt-Degenhard.

Den ZOOM-Link zur Teilnahme erhalten Sie nach Ihrer Anmeldung am Tag vor der Veranstaltung per Mail.

[Putinland: Über das System Putin, seine Geschichte – und den Westen \(freiheit.org\)](#)

14. Februar: WEBINAR “One Year In: Details and Impact of Financial and Trade Sanctions Against Russia”, 16:00-17:00 CET, by Morrisson&Foerster

Join the global Morrisson&Foerster National Security team to learn how governments around the world continue to coordinate and respond with increasingly severe sanctions and export controls against Russia as the war in Ukraine approaches its one-year mark. The National Security team’s U.S., UK and EU specialists on financial and trade sanctions will summarize the measures taken to date and outline potential new steps that governments may take to isolate Russia economically and diplomatically, including:

- Providing updates from the last year of financial and trade sanctions;
- Predicting what may be coming next; and
- Discussing compliance recommendations and enforcement expectations.

[One Year In: Details and Impact of Financial and Trade Sanctions Against Russia \(veracast.com\)](#)

15. Februar 2023: Recovery Construction Forum im Rahmen der Messe „ReBuild Ukraine“, Warschau

Am 15. - 16. Februar findet die Internationale Messe „[ReBuild Ukraine](#)“ in Warschau (Warszawskie Centrum EXPO XXI) statt. Auch der Ost-Ausschuss wird dort vertreten sein, ebenso Delegationen Nordrhein-Westfalen und von der IHK Cottbus. Erwartet werden Aussteller aus den Branchen Bautechnik, Baustoffe, Baumaschinen, Innenausbau, Dachbau, Heizungstechnik, Isoliertechnik, Transportfahrzeuge, Wassertechnik, Energietechnik und -versorgung usw. Als Aussteller werden ukrainische Bau- und Maschinenbauunternehmen sowie internationale Hersteller von Baumaterialien, Baumaschinen und technischer Ausrüstung auf der Messe vertreten sein. Die Messe ist eine Austauschplattform für Wiederaufbau- und Investitionsprojekte in der Ukraine mit dem Fokus auf Infrastruktur, Industrie- und Wohnungsbau, wo ukrainische Vertreter von Kommunen und Regierung Infrastrukturschäden und Wiederaufbaupläne vorstellen werden. Am 15. Februar (13:30 - 19:00 Uhr) findet dazu ein [Recovery Construction Forum](#) statt, das eine Dialogplattform für die weitere Kommunikation zwischen den Experten und Akteuren aus der Bauindustrie der europäischen Länder darstellen soll, mit dem Ziel, den Wiederaufbau der betroffenen ukrainischen Gemeinden zu beschleunigen. Die Teilnahme an der Veranstaltung haben Vertreter der ukrainischen und europäischen Bauindustrie, Vertreter der staatlichen Behörden der Ukraine und anderer Länder der Europäischen Union angekündigt.

21. Februar: Makroökonomischer Ausblick auf die russische Wirtschaft, 13:00-14:00 Uhr, online

Der Krieg Russlands in der Ukraine und die mit ihm verbundenen Sanktionspakete sowie die Reaktionen der in Russland tätigen ausländischen Unternehmen haben große Auswirkungen auf die kurz- und langfristige Konjunktorentwicklung Russlands. Wir freuen uns daher sehr, dass sich Gunter Deuber, Head of Research und Bereichsleiter Volkswirtschaft und Finanzanalyse bei der Raiffeisen Bank International AG, bereit erklärt hat, in einer Video-Konferenz eine makroökonomische Analyse der Entwicklung in Russland sowie der Auswirkungen auf die EU / Deutschland zu geben und Fragen der teilnehmenden Unternehmen zu beantworten.

Die Online-Sitzung findet am Dienstag, 21. Februar 2023 von 13:00 Uhr bis 14:00 Uhr MEZ statt und richtet sich insbesondere an Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen. Sollten Sie ebenfalls Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich gerne bei Dr. Christiane Schuchart: C.Schuchart@oa-ev.de

27. Februar: International Press Luncheon: “One year Russian War of Aggression on Ukraine”, 1:00 to 2:00 p.m. CET, online

February 24th will mark one year since Russia's invasion of Ukraine. Over the past year, major news and media agencies have provided live coverage and analysis, playing a central role in shaping public opinion of the war.

How has western media's portrayal of the war influenced the global response? Through the ensuing energy crisis, food insecurity, and inflation, how has the media's representation of the war changed over the past year as the world grows accustomed to war and instability in Europe?

On February 27th, Aspen Germany is hosting a virtual International Press Luncheon. Together with four to five journalists, we want to discuss these and other pressing questions following a tumultuous year of war.

Zur Anmeldung:

[International Press Luncheon: One Year Russian War of Aggression on Ukraine | Contact Management \(aspeninstitute.de\)](#)

28. Februar: Business for Business – aktuelle wirtschaftliche Situation in Russland, 10:30 Uhr, online

Der Ost-Ausschuss lädt Sie zur 10. Ausgabe der Online-Veranstaltung zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Dienstag, 28. Februar 2023, 10:30 Uhr (MEZ) ein. Anmeldeschluss ist am Montag, den 27. Februar 2023 um 13.00 Uhr. Das Format richtet sich direkt an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses in Russland und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch und dem praktischen Umgang mit der gegenwärtigen Krise dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit im Umgang mit Sanktionen sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten. Bei Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an [Dr. Christiane Schuchart](#) oder [Jens Böhlmann](#).

16. März 2023: Informationsveranstaltung zum Thema „Wiederaufbau der Ukraine – Möglichkeiten für die bayerische Wirtschaft“, 18:00 - 19:30 Uhr, hybrid, München (Save the Sate)

Am 16. März organisieren die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) und der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) in einer hybriden Form eine Informationsveranstaltung zum Thema „Wiederaufbau der Ukraine – Möglichkeiten für die bayerische Wirtschaft“ mit dem Fokus auf Herausforderungen und Chancen für deutsche Energieunternehmen bei der aktuellen Energie-Nothilfe und dem Wiederaufbau der Ukraine. Die Einladung wird in den nächsten Tagen an Ost-Ausschuss- und vbw-

Mitgliedunternehmen versendet. Weitere Interessenten können sich gerne beim [Service Desk Ukraine](#) melden.

23. März 2023: NRW-Wirtschaftskonferenz „Wiederaufbau der Ukraine“, 13.00 Uhr, Düsseldorf (Save the Date)

Die Konferenz ist eine gemeinsame Veranstaltung des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, NRW.Global Business und IHK NRW. Weitere Partner sind der Ost-Ausschuss und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine). Die Konferenz bietet Interessierten aus Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen in NRW und der Ukraine Gelegenheit zum Wissens- und Meinungsaustausch über die aktuelle Situation sowie über Rahmenbedingungen für die künftige Zusammenarbeit hinsichtlich des Wiederaufbaus der Ukraine. Neben dem Botschafter der Ukraine in Deutschland haben weitere hochrangige Vertreter der Ukraine ihre Teilnahme bereits zugesagt.

9. Tipps & Links

Der **Nordkurier** hat sich in einer vierteiligen Serie die **Wirkungen der Russland-Sanktionen** angesehen. Der Kommentator kommt dabei zu folgendem Fazit:

„Die abschließende Bewertung der Sanktionen muss somit paradox ausfallen: Erstens sind sie ungeeignet, um das proklamierte Ziel, die Beendigung des Krieges in der Ukraine, zu erreichen. Zweitens sind sie notwendig, weil eine Unterlassung eine existenzielle Bedrohung für die Europäische Union, und womöglich für die gesamte internationale Ordnung, bedeutet hätte. Und drittens könnten sie zu einem Pyrrhussieg führen, zu einem zu teuer erkaufte Erfolg – nämlich dann, wenn die Sanktionen ihr destruktives Potenzial entfalten und zu Zersetzungsprozessen in der russischen Gesellschaft führen. Somit wäre es klug, einen Teil der öffentlichen Debatte dafür zu reservieren, das europäische Verhältnis zu Russland vom Ende her zu denken und der russischen Bevölkerung zu signalisieren, dass sie nicht der Feind ist – auch wenn das Regime im Kreml das wohl gerne so hätte.“

[Ukraine-Krieg: Russische Gesellschaft wird zum politischen Spielball | Nordkurier.de](#)

Kompakte **Analyse der Sanktionswirkungen** und des Zustands der russischen Wirtschaft von Wladimir Milow, früherer stellvertretender russischer Energieminister, aus Foreign Affairs bzw. IPG. Seine Annahme ist, dass die offiziellen Wirtschaftszahlen aus Russland nicht die wirkliche, schwierige Lage der russischen Wirtschaft wiedergeben:

[Der langfristige Erfolg der Sanktionen gegen Russland – Wirtschaft und Ökologie | IPG Journal \(ipg-journal.de\)](#)

Eine aktuelle **Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung** zeigt stark wachsende Angst vor einem Atomkrieg bzw. einer militärischen Konfrontation mit Russland in Deutschland. Rund 50 Prozent der Befragten machen sich dahingehend inzwischen Sorgen.

[»Fears of nuclear escalation«: FES Regional Office for Cooperation and Peace in Europe](#)

Die neue Ausgabe der **Russland-Analysen** befasst sich mit Meinungsumfragen in Kriegszeiten. Wie aussagekräftig sind deren Ergebnisse u.a. zur Unterstützung der Politik Wladimir Putins? Hier der Link zur aktuellen Ausgabe:

[Russland-Analysen Nr. 430 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche WIIW informiert mit **einem Ukraine-Tracker** über aktuelle wirtschaftsrelevante Nachrichten aus dem Land:

[Project in Focus \(wiiw.ac.at\)](#)

Die aktuelle **Konjunkturprognose des WIIW** zu Mittel- und Osteuropa ist hier zu finden. Die Region wächst demnach schwächer, aber hartnäckig. Die Ölsanktionen gegen Russland begännen Wirkung zu zeigen:

[press-release-eastern-european-growth-weaker-but-resilient-german-pnd-121.pdf](https://www.wiiw.ac.at/press-release-eastern-european-growth-weaker-but-resilient-german-pnd-121.pdf)
([wiiw.ac.at](https://www.wiiw.ac.at))

Wichtige Kontakte zu Sanktionen:

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss